

Für internationalen Sozialismus und Arbeiterdemokratie!

Leo Trotzki



Briefe von 1923 an das Zentralkomitee

Reihe marxistischer Klassiker

Internationale Sozialisten

Leo Trotzki



**Briefe von 1923
an das
Zentralkomitee**

Inhalt:

	Seite
Vorwort des Herausgebers	2
1. An die Mitglieder des ZK und der ZKK, Brief vom 8.10.	3
2. Auszüge aus der Antwort der Mitglieder des Politbüros auf	
3. Der Brief Leo Trotzki vom 19. Oktober 1923	17
4. Resolution über die Parteidemokratie - E. Preobraschenski für die Opposition	20
5. Der Brief Trotzki vom 23. Oktober 1923 an die Parteiführung, "An das Plenum"	21
6. Rede Leo Trotzki auf dem gemeinsamen Plenum von ZK und ZKK der	
7. Resolution des gemeinsamen Plenums von ZK und ZKK der RKP (B) vom	
A. Zu den Erklärungen des Genossen Trotzki und der 46 Genossen (Preobraschenski. Ossinski. Sapronow und andere)	50
B. Zur innerparteilichen Demokratie	52
AdÜ = Anmerkung des Übersetzers	

Vorwort des Herausgebers

Nach Lenins Schlaganfall im März 1923 begann das "Triumvirat" aus Sinowjew, Kamenew und Stalin zu manövrieren, um Trotzki's Autorität innerhalb der Bolschewistischen Partei zu untergraben. Sie mußten dabei allerdings sehr vorsichtig vorgehen. Trotzki schrieb darüber später in seiner Autobiographie "Mein Leben";

»Die Hauptschwierigkeit lag für die Verschwörer im offenen Auftreten gegen mich vor dem Angesicht der Massen. Sinowjew und Kamenjew waren den Arbeitern bekannt, die ihnen gern zuhörten. Moralische Autorität besaßen sie in der Partei nicht. Ihr Verhalten im Jahre 1917 war noch zu frisch in aller Erinnerung. Stalin kannte außerhalb des engen Kreises der alten Bolschewiki fast niemand.«
(L. Trotzki: "Mein Leben", Frankfurt/Main 1987, S. 422)

Nachdem Trotzki sie allerdings mit seinem Brief vom 8. Oktober 1923 herausgefordert hatte und eine Woche später die "Plattform der 46" bei der Parteiführung eingegangen war, kamen das Triumvirat und seine Verbündeten zu dem Schluß, daß ein direkter Angriff auf Trotzki nicht länger vermieden werden könne.

Am 19. Oktober 1923 schickte das Politbüro einen Brief an das Zentralkomitee und an die Zentrale Kontrollkommission, in dem es Trotzki's Kritik verurteilte. Dieser Brief trug neben den Unterschriften Sinowjews, Kamenews und Stalins noch die von Bucharin, Kalinin, Molotow und Rykow. Die einzigen Politbüromitglieder, die nicht unterzeichnet hatten, waren Lenin und Trotzki. Auch ein Kandidat des Politbüros, Rudsutak, unterschrieb nicht, ohne daß die Gründe hierfür klar wären.

Alle Beschuldigungen gegen den Trotzkiismus, die in den folgenden Monaten und Jahren erhoben werden sollten, finden sich bereits in diesem verlogenen und zynischen Dokument.

Aber vier Tage später, am 23. Oktober 1923, antwortete Trotzki mit einer vernichtenden Widerlegung der Anklagen, die von der Mehrheit des Politbüros erhoben wurden. Stalin, Kamenew und Sinowjew traten eilig den Rückzug an. Sie verfaßten keine offene Antwort auf Trotzki's Dokument und versicherten all jenen, die über den Ton ihres Schreibens beunruhigt waren, daß sie keinesfalls Trotzki's Stellung in der Parteiführung in Frage stellen wollten. Stalin bot Trotzki sogar einen politischen "Waffenstillstand" an. Trotzki erklärte sich zu einem Treffen mit den Triumvirn bereit. Da er im Oktober krank geworden war, traf sich das Politbüro in seiner Wohnung. Natalja Sedowa, Trotzki's Frau, schilderte diese Zusammenkünfte:

»Er [Trotzki] war allein, krank und kämpfte gegen alle. Wegen der Krankheit L.D.s fanden die Sitzungen in unserer Wohnung statt. Ich saß im Schlafzimmer nebenan und hörte ihn reden. Er sprach mit seinem ganzen Wesen: es schien, als ob er mit jeder solchen Rede einen Teil seiner Kräfte hingäbe, mit soviel "Blut" sprach er. Und ich hörte dann kalte, seelenlose Antworten. War doch alles im voraus abgemacht. Wozu hatten sie nötig, sich noch aufzuregen? Jedesmal nach einer solchen Sitzung sprang bei L.D. die Temperatur hoch, er kam naß bis auf die Knochen aus dem Arbeitszimmer, zog sich aus und legte sich zu Bett.«
(ebd. S. 430)

Wir veröffentlichen auf diesen Seiten Auszüge aus dem Brief des Politbüros und die erste vollständige Übersetzung von Trotzki's Antwort. Die Dokumente stammen aus dem Zentralen Archiv der KPdSU in Moskau.

An die Mitglieder des ZK und der ZKK

8. Oktober 1923 - Streng vertraulich

1. Einer der Vorschläge der Kommission des Gen. Dserschinski (die anlässlich Streiks und ähnlicher Vorkommnissen gerichtet wurde) besagt, man müsse Parteimitglieder, die von Gruppenbildungen in der Partei Kenntnis haben, verpflichten, dies unverzüglich der GPU, dem ZK und der ZKK mitzuteilen.¹

Man sollte meinen, daß die Informierung der Parteiorganisation darüber, daß sich parteifeindliche Elemente ihres Rahmens bedienen, für jedes Parteimitglied eine derart elementare Pflicht darstelle, daß keine Notwendigkeit bestehe, darüber sechs Jahre nach der Oktoberrevolution besondere Beschlüsse zu fassen. Daß überhaupt das Bedürfnis nach einem solchen Beschluß entstand, ist ein äußerst besorgniserregendes Symptom, neben dem andere stehen, die nicht weniger eindeutig sind.

Das Bedürfnis nach einem solchen Beschluß bedeutet:

- a) daß sich in der Partei illegale oppositionelle Gruppen gebildet haben, die der Revolution gefährlich werden können, und
- b) daß in der Partei Stimmungen herrschen, die ermöglichen, daß Genossen, die von solchen Gruppenbildungen wissen, die Parteiorganisation nicht davon unterrichten.

Beide Tatsachen zeugen von der außerordentlichen Verschlechterung der innerparteilichen Lage seit dem 12. Parteitag, auf dem die Berichte des Zentralkomitees von vollständiger Einigkeit unter 90% der Partei sprachen. Allerdings war diese Einschätzung schon damals eine optimistische Übertreibung. Sehr viele Mitglieder der Partei, durchaus nicht die schlechtesten, verfolgten mit größter Besorgnis die Maßnahmen und Verfahrensweisen, mit denen der 12. Parteitag einberufen wurde. Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten teilte diese Besorgnis. Es steht außer Zweifel, daß die überwiegende Mehrheit der Partei angesichts der internationalen Lage und insbesondere angesichts von Lenins Krankheit uneingeschränkt bereit war, das neue Zentralkomitee zu unterstützen.² Gerade dieser Wunsch, vor allem im Bereich der Wirtschaft eine einmütige und erfolgreiche Arbeit der Partei zu gewährleisten, sorgte für Ausgleich zwischen den Gruppierungen in der Partei und zwang viele, ihre Unzufriedenheit hinunterzuschlucken und ihre berechnete Besorgnis nicht von der Tribüne des Parteitags zu äußern.

Sechs Monate Arbeit des neuen ZK haben jedoch die Mittel und Methoden, mit denen der 12. Parteitag einberufen worden war, noch verstärkt. Und das Ergebnis innerhalb der Partei war zum einen die Entstehung offen feindlicher und verbitterter Gruppierungen, zum anderen die Gegenwart zahlreicher Elemente, die um diese Gefahr wissen und trotzdem darüber

¹ ZK - Zentralkomitee. Es wird auf den Parteitag gewählt, um die Partei zwischen den Parteitag zu führen.

ZKK - Zentrale Kontrollkommission. Sie wurde eingerichtet, um die Kontrolle der Partei über die Arbeit ihrer Komitees und des Staatsapparats aufrechtzuerhalten.

RKP (B) - Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki). Die Bolschewiki, russisch für "Mehrheitler", entstanden 1903 als Fraktion der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP), die sich von der opportunistischen Minderheit der Menschewiki abgespaltete. Die RSDAP (B) nannte sich 1918 in Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki) um.

Dserschinski, Felix Edmundowitsch (1877-1926) - polnischer Revolutionär. Vorsitzender der Außerordentlichen Allrussischen Kommission für den Kampf gegen Konterrevolution, Spekulation und Sabotage (Tschechien), die im September 1917 gegründet und 1922 in GPU umbenannt wurde. Erbitterter Gegner der Linken Opposition. Starb am 20. Juli 1926 an einem Herzinfarkt.

GPU - Gosudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije, Staatliche Politische Administration, d.h. die sowjetische Geheimpolizei, die später in NKWD, KGB usw. umbenannt wurde.

² Lenin, Wladimir Iljitsch (Uljanow) (1870-1924) - Gründer der Bolschewistischen Partei und wichtigster Führer der Oktoberrevolution von 1917. Begann kurz vor seinem Tode den Kampf gegen die entstehende Bürokratie.

schweigen. Wir sehen hier sowohl die deutliche Verschlechterung der innerparteilichen Lage als auch die wachsende Entfernung des ZK von der Partei.

2. Die außerordentliche Verschlechterung der innerparteilichen Lage hat zwei Ursachen: a) das grundlegend falsche und ungesunde innerparteiliche Regime und b) die Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern mit der schweren wirtschaftlichen Lage, die nicht nur auf objektive Schwierigkeiten, sondern auch auf offenkundige, fundamentale Fehler in der Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist. Beide Ursachen sind, wie aus dem folgenden hervorgehen wird, eng miteinander verbunden.

3. Der 12. Parteitag trat unter dem Motto der Smytschka zusammen³. Als Autor der Thesen über die Industrie habe ich das ZK vor dem Parteitag auf die äußerst große Gefahr hingewiesen, daß unsere wirtschaftliche Aufgabe auf dem 12. Parteitag in abstrakt-agitatorischer Form vorgestellt wird, obgleich die Aufgabe darin besteht, eine "Umkehr der Aufmerksamkeit und des Willens der Partei" in Richtung auf die konkreten lebenswichtigen Aufgaben mit dem Ziel der Verbilligung der Selbstkosten für die staatlichen Produkte herbeizuführen. Ich kann allen Mitgliedern des ZK und der ZKK nur raten, sich mit der Korrespondenz des Politbüros aus dieser Periode vertraut zu machen.⁴

Ich wies nach, daß die Neigung, in unserer Agitation einfach die Parole der Smytschka darzulegen und zu verwenden, während ihr wirklicher Inhalt (Planwirtschaft; deutliche Konzentration der Industrie; deutliche Reduzierung der allgemeinen Aufwendungen für Industrie und Handel) außer Acht gelassen wird, dem Bericht über die organisatorischen Aufgaben der Industrie jede praktische Bedeutung rauben würde. Auf Drängen des Plenums hin gab ich allerdings einen Bericht, in dem ich von meiner Seite aus versuchte, die Arbeit des künftigen ZKI, das zum ersten Mal ohne Genossen Lenin ausgewählt wurde, nicht zu komplizieren.⁵

4. Die Resolution über die Industrie fordert die Festigung und Verstärkung der Gosplan-Organisation, ihre Bekräftigung als führendes Organ der Planung. Es ist sehr bemerkenswert, daß das ZK nach dem 12. Parteitag die Notiz erhielt, die Genosse Lenin schon nach seiner Erkrankung niedergeschrieben hatte.⁶ Er äußert darin den Gedanken, daß die Gosplan sogar Legislative (oder, genauer gesagt, administrativ-leitende) Vollmachten erhalten sollte.

Tatsächlich jedoch ist die Gosplan in der dem Parteitag unmittelbar folgenden Periode immer weiter in den Hintergrund gedrängt worden. Ihre Arbeit an verschiedenen Aufgaben ist nützlich und notwendig, hat aber überhaupt nichts mit der geplanten Regulierung der Wirtschaft in der Form zu tun, wie sie auf dem 12. Parteitag beschlossen worden war. Die Ungereimtheit des Plans tritt in der Arbeit der zentralen und ganz allgemein grundlegenden staatlichen Wirtschaftsorgane am offensten in Erscheinung. In größerem Umfang als vor dem 12. Parteitag werden äußerst wichtige wirtschaftliche Fragen im Politbüro in aller Eile entschieden, ohne entsprechende Vorbereitung und außerhalb ihres Planungszusammenhangs. Die Genossen Rykow und Pjatakow, die für die staatliche Industrie verantwortlich sind (wobei Genosse Rykow für die Gesamtwirtschaft zuständig ist) schickten dem ZK am 19. September

³ Smytschka - das russische Wort für "Bündnis". Der Begriff wurde im bolschewistischen Rußland allgemein zur Bezeichnung des revolutionären Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft benutzt, das die politische Grundlage des Arbeiterstaates bildete.

⁴ Politbüro - das Politische Büro war eine Unterabteilung des Zentralkomitees.

⁵ Plenum - offizielle Vollversammlung eines Komitees.

⁶ Gosplan - die Staatliche Planungskommission, die für die Industrialisierung der russischen Wirtschaft zuständig war. Lenins Notiz - sie war am 13. Dezember 1922 an Trotzki geschickt worden.

einen Bericht, in dem sie vorsichtig äußerten, daß »einige Entscheidungen des Politbüros uns dazu veranlassen, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß sich die Leitung der uns anvertrauten staatlichen Industrie unter den sich entwickelnden Verhältnissen äußerst schwierig gestaltet«⁷

Zwar waren die genannten Genossen nicht bereit, ihren Brief zu verteilen, da sie es für unklug hielten, auf dem Plenum eine Diskussion über diese Frage zu beginnen. Aber dieser formale Umstand (die Weigerung, den Brief zu verschicken) ändert nichts an der Tatsache, daß die Leiter der wirtschaftlichen Tätigkeit die Politik des Politbüros in Wirtschaftsfragen als eine Politik zufälliger, unsystematischer Entscheidungen kennzeichnen, die jede planmäßige Leitung der Wirtschaft "äußerst schwierig" gestaltet. In Privatgesprächen wird diese Einschätzung in weitaus kategorischerer Form geäußert. Es gibt kein einziges Partei- oder Sowjetorgan, in dem Wirtschaftsfragen in ihrem inneren Zusammenhang und mit der notwendigen Perspektive untersucht und erarbeitet würden. Um ganz genau zu sein, müssen wir sagen: Eine Leitung der Wirtschaft gibt es nicht, das Chaos kommt von oben.

5. Ich werde im Rahmen dieses Briefes nicht versuchen, eine konkrete Analyse unserer Politik im Bereich der Finanzen, der Industrie, der Getreidebeschaffung, des Getreideexports oder der Steuern darzulegen, denn dies würde eine sehr komplexe Argumentation unter Zuhilfenahme umfangreichen Materials erfordern. Heute kann kein Zweifel bestehen, daß einer der Hauptgründe für die gegenwärtige Handels- und Industriekrise der eigengesetzliche, d.h. dem allgemeinen Wirtschaftsplan nicht untergeordnete Charakter unserer Finanzpolitik ist.

Verschiedene große Erfolge in der Industrie werden durch die fehlende Koordination zwischen den Grundelementen der staatlichen Wirtschaft unterbrochen oder gefährdet; und es liegt in der Natur der NEP, daß jede Störung auf dem Gebiet der staatlichen Industrie und des staatlichen Handels das Wachstum des Privatkapitals auf Kosten des Staatskapitals mit sich bringt.⁸ Ein wesentliches charakteristisches Moment ist der Umstand, daß das ungeheuer angewachsene Mißverhältnis zwischen den Preisen für industrielle und denen für landwirtschaftliche Produkte gleichbedeutend ist mit der Liquidierung der Neuen Ökonomischen Politik, denn für den Bauern - die Basis der NEP - ist es gleichgültig, warum er nicht kaufen kann: weil der Handel durch Dekrete verboten ist oder weil zwei Schachteln Streichhölzer genausoviel kosten wie ein Pud [16,38 kg] Brot.

Ich werde hier nicht anfangen, im einzelnen darzustellen, wie die Konzentration - eine Frage auf Leben und Tod für die Industrie - auf Schritt und Tritt gegen "politische" (d.h. lokale) Erwägungen stößt und weit langsamer voranschreitet, als die Preise für Industrieprodukte. Aber man muß meiner Meinung nach einen geringfügigeren Aspekt des Problems ansprechen, der die ganze Frage außerordentlich klar beleuchtet. Er zeigt, wozu die Leitung der Wirtschaft durch die Partei ausartet, wenn Plan, System und richtige Parteilinie fehlen.

⁷ Rykow, Alexej Iwanowitsch (1881-1938) - trat als Student im Jahr 1899 der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei. Wurde zum heftigen Gegner der Forderungen der Linken Opposition nach einer zentralen Wirtschaftsplanung. Neben Bucharin einer der Führer des rechten Parteiflügels. Wurde als Opfer des dritten Moskauer Prozesses 1938 erschossen.

Pjatakow, Juri Leonidowitsch (1890-1937) - spielte in der Revolution von 1917 und im Bürgerkrieg eine führende Rolle. Wurde Rykows Stellvertreter im Obersten Wirtschaftsrat. Führendes Mitglied der Linken Opposition von 1923. Unterstützte Trotzki in der Vereinigten Opposition von 1926. Wurde 1927 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und als Opfer des zweiten Moskauer Prozesses im Januar 1937 erschossen.

⁸ NEP - Neue Ökonomische Politik. Sie wurde 1921 als vorübergehende Maßnahme eingeführt. Gestattete in gewissen Schranken kapitalistische Beziehungen, freien Handel mit Agrarprodukten und in geringem Maße auch mit Industrierzeugnissen. Die Schaltstellen der Wirtschaft blieben dabei fest in den Händen des Arbeiterstaats. Die NEP ersetzte die Politik des Kriegskommunismus, unter der die überschüssige Produktion der Bauern beschlagnahmt worden war.

Auf dem 12. Parteitag wurde über empörende Mißbräuche von Handels- und Industrieanzeigen seitens einiger Parteiorganisationen berichtet. Worin bestand dieser Mißbrauch? Darin, daß manche Parteiorganisationen, die dazu verpflichtet sind, die Wirtschaftsorgane zu leiten, indem sie sie zu höchster Gewissenhaftigkeit, Genauigkeit, Sparsamkeit und zu Verantwortungsgefühl erziehen sollen, diese in Wirklichkeit zersetzen, indem sie zu größten und verschwenderischsten Mitteln greifen und den Staat betrügen: anstatt die Unternehmen einfach mit einer Industriesteuer zugunsten der Parteiorganisationen zu belegen, was ungesetzlich wäre, aber wenigstens einen realen Sinn hätte, zwingt man sie zum Erwerb sinnloser Werbeanzeigen, mit denen dann Papier, Druckerarbeit und anderes vergeudet werden. Das Schlimmste daran ist, daß sich die Wirtschaftsleiter nicht entschließen können, dieser Raubpolitik und Demoralisierung entgegenzutreten, sondern im Gegenteil nach genauer Anweisung des Sekretärs des Gouvernementskomitees für eine halbe oder ganze Seite in irgendeinem "Sputnik des Kommunisten" brav bezahlen.

Wenn es irgendein Wirtschaftler wagte, sich zu widersetzen, d.h. ein wirkliches Verständnis seiner Parteipflicht zeigte, dann würde er sofort in die Kategorie derer eingestuft, die die "Parteileitung" nicht anerkennen, mit allen sich daraus ergebenden Folgen. Nach dem 12. Parteitag haben sich die Dinge mit der möglichen Ausnahme einiger weniger Orte nicht gebessert. Man muß schon überhaupt keine Ahnung davon haben, was richtige Wirtschaftsarbeit und Verantwortungsgefühl bedeuten, um eine derartige "Leitung" der Wirtschaft durchgehen zu lassen oder zu glauben, daß solche Erscheinungen wenig zu bedeuten haben.

6. Es besteht kein Zweifel, daß der 12. Parteitag gemeinsam mit der gesamten Partei versuchte, den führenden und kontrollierenden Einfluß der Partei in den Wirtschaftsorganisationen zu verstärken. Insbesondere sollten die Leiter nun wirklich für die Methoden und Ergebnisse ihrer wirtschaftlichen Arbeit zur Verantwortung gezogen werden. Aber gerade in diesem Bereich (Initiative, Sparsamkeit, Verantwortung usw.) waren die Erfolge minimal. Und die Unzufriedenheit der Massen wird vor allem dadurch hervorgerufen, daß sehr viele Wirtschaftsorgane verschwenderisch sind und gegenüber niemandem Rechenschaft ablegen, während sich ihre Leiter um so bereitwilliger der "Parteiführung" unterordnen (in Form sinnloser Anzeigen und anderer Erpressung), so daß ihre ganze Arbeit im Grunde wie zuvor jeglicher wirklichen Anleitung und Kontrolle entzogen bleibt.

7. Das letzte Plenum des ZK hat eine außerordentliche Kommission für die Reduzierung der Ausgaben und für die Senkung der Preise eingerichtet. Allein diese Tatsache ist ein unerbittliches Zeugnis für die Fehler unserer Wirtschaftsarbeit. Alle Elemente für die Preisfestlegung waren rechtzeitig analysiert worden, und der 12. Kongreß hatte die Resolutionen über die Senkung der Produktionskosten und der Handelsausgaben einstimmig verabschiedet. Die Organisationen, die diese Resolutionen hätten verwirklichen sollen, sind wohlbekannt: Der Oberste Sowjet der Volkswirtschaft, die Gosplan, der Sowjet für Arbeit und Verteidigung und das Politbüro als das führende politische Organ.⁹

Was bedeutet die Schaffung einer außerordentlichen Kommission unter solchen Umständen? Daß die bestehenden Organe, deren direkte Aufgabe darin bestand, zu den geringstmöglichen Kosten zu produzieren, nicht die notwendigen Ergebnisse erzielt haben. Was kann eine außerordentliche Kommission erreichen? Von der Seite her kann sie hier und da die Dinge in

⁹ Der Oberste Sowjet der Volkswirtschaft - auch bekannt als Oberster Sowjet der Nationalwirtschaft oder Oberster Wirtschaftsrat. Zuständig für die staatliche Industrie.

Der Sowjet für Arbeit und Verteidigung - eines der Komitees, das sich mit Problemen der Wirtschaft befaßte.

Bewegung bringen, einen Anstoß in die richtige Richtung geben, auf bestimmten Maßnahmen bestehen und schließlich einfach auf administrativem Wege die Herabsetzung diverser Preise anordnen. Doch es ist vollkommen offenkundig, daß eine mechanische Herabsetzung der Preise durch die staatlichen Organe unter dem Einfluß politischer Motive in der Mehrzahl der Fälle nur die Zwischenhändler bereichern und sich kaum auf den Bauernmarkt auswirken wird.

Ein wirkliches Schließen der Schere, d.h. eine Annäherung an eine tatsächliche wirklich wirtschaftliche Smytschka kann nur auf organischem Wege erreicht werden: durch streng geplante Konzentration, durch eine organische, nicht überstürzte Senkung der Produktionskosten, und durch eine Garantie der tatsächlichen Verantwortlichkeit der Leiter für die Methoden und Ergebnisse ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Allein die Gründung einer Kommission zur Herabsetzung der Preise ist ein beredter und vernichtender Beweis dafür, daß eine Politik, die die Bedeutung einer planmäßigen operativen Regulierung ignoriert, unter dem Einfluß ihrer eigenen unausweichlichen Folgen wieder zu Versuchen eines kriegskommunistischen Kommandierens über die Preise gezwungen wird. Das eine ergänzt das andere und untergräbt die Wirtschaft, anstatt ihren Zustand zu bessern.

8. Das ungeheure Auseinanderklaffen der Preise zusätzlich zu der Belastung durch eine einheitliche Steuer, die hauptsächlich deswegen bedrückend wirkt, weil sie nicht auf die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse abgestimmt ist, hat von neuem die äußerste Unzufriedenheit der Bauern hervorgerufen. Diese wirkte sich sowohl direkt als auch indirekt auf die Stimmung der Arbeiter aus. Schließlich hat die veränderte Stimmung der Arbeiter jetzt auch die unteren Ränge der Partei ergriffen. Oppositionelle Gruppierungen sind aktiv geworden und haben sich vergrößert. Ihre Unzufriedenheit hat sich verschärft.

So hat sich die Smytschka: vom Bauern über den Arbeiter zur Partei - in umgekehrter Richtung gegen uns gewandt. Wer das nicht vorhergesehen oder bis zum letzten Moment davor die Augen verschlossen hat, der hat eine recht anschauliche Lektion erhalten. Die allgemeinen Agitationsformeln der Smytschka führen zu direkt entgegengesetzten Ergebnissen, wenn das zentrale Problem nicht gelöst wird: die Rationalisierung der staatlichen Produktion und das Schließen der Schere. Das war der Kern der harten Auseinandersetzung innerhalb des Politbüros am Vorabend des 12. Parteitags. Das Leben hat diesen Streit unwiderlegbar entschieden. Diese grausame Lehre, deren Lösung wir noch nicht in Angriff genommen haben, hätte man sich mindestens zur Hälfte, wenn nicht zu drei Vierteln ersparen können, wenn man auch nur annähernd die Wechselwirkung zwischen den wirtschaftlichen Faktoren berücksichtigt hätte und in geplanter Weise an die Grundprobleme der Wirtschaft herantreten wäre.

9. Als eine der wichtigsten Aufgaben des neuen ZK bezeichnete der 12. Parteitag die sorgfältige persönliche Auswahl der Wirtschaftler von oben nach unten. Die Aufmerksamkeit des Organisationsbüros auf dem Gebiet der Funktionärsauswahl ging jedoch in eine völlig andere Richtung. Bei Ernennungen, Entlassungen und Versetzungen wurden Parteimitglieder vor allem unter dem Aspekt beurteilt, in welchem Maße sie für die Unterstützung der innerparteilichen Ordnung förderlich oder hinderlich sein könnten, die - heimlich und inoffiziell, aber um so wirkungsvoller - durch das Organisationsbüro und das Sekretariat des ZK durchgesetzt worden ist.¹⁰ Auf dem 12. Parteitag war gesagt worden, daß als Mitglieder des ZK "unabhängige" Leute gebraucht würden. Dieses Wort bedarf jetzt keiner Kommentare mehr. Danach begann die Einführung des Kriteriums der "Unabhängigkeit" bei der Ernennung

¹⁰ Das Organisationsbüro und das Sekretariat des ZK - beides Unterabteilungen des Zentralkomitees. Im Organisationsbüro konzentrierte sich Stalins Apparat.

von Sekretären der Gouvernementskomitees durch das Generalsekretariat und weiter von oben nach unten, bis zur letzten Zelle. Dieser Auswahlprozeß der Parteihierarchie aus Genossen, die vom Sekretariat als unabhängig im obengenannten Sinne des Wortes angesehen werden, entwickelte sich mit unerhörter Intensität. Es ist nicht nötig, an dieser Stelle gesonderte Beispiele anzuführen, da die gesamte Partei über Hunderte bekannter Fälle unterrichtet ist und darüber spricht. Ich möchte nur auf die Ukraine verweisen, wo wir in den kommenden Monaten zwangsläufig mit schwerwiegenden Folgen dieser wahrlich destruktiven Arbeit konfrontiert sein werden.

10. Zum schlimmsten Zeitpunkt des Kriegskommunismus hatte das Kooptationswesen innerhalb der Partei auch nicht ein Zehntel der Verbreitung wie heute. Die Ernennung der Sekretäre der Gouvernementskomitees ist jetzt die Regel. Das schafft für die Sekretäre eine im wesentlichen von den örtlichen Organisationen unabhängige und unkontrollierbare Position. Im Falle von Opposition, Kritik und Unzufriedenheit nimmt der Sekretär seine Zuflucht zu Versetzung, wobei er sich der Zentrale bedient. Auf einer der Sitzungen des Politbüros wurde mit Befriedigung erklärt, daß bei der Zusammenlegung eines Gouvernements die einzige Frage, die die zusammengelegten Organisationen interessierte, die war, wer der Sekretär des vereinigten Gouvernementskomitees sein würde.

Der von der Zentrale ernannte und eben dadurch von der örtlichen Organisation nahezu unabhängige Sekretär bildet seinerseits die Quelle weiterer Ernennungen und Entlassungen im Gebiet des Gouvernements. Der von oben nach unten geschaffene Sekretärsapparat zieht in immer stärker eigengesetzlicher Weise alle Fäden an sich. Die Teilnahme der Parteimassen an der wirklichen Formierung der Parteiorganisationen wird immer illusorischer.

Es ist in den letzten ein bis anderthalb Jahren eine besondere Sekretärspsychologie entstanden, deren wesentlicher Zug in der Überzeugung besteht, daß der Sekretär in der Lage ist, jede beliebige Frage ohne Vertrautheit mit dem Wesen der Sache zu entscheiden. Wir können regelmäßig beobachten, wie ein Genosse, der keinerlei organisatorische, administrative oder sonstige Fähigkeiten gezeigt hat, solange er an der Spitze einer Sowjetinstitution stand, herrisch wirtschaftliche und andere Fragen zu lösen beginnt, sobald er auf den Posten eines Sekretärs gerät. Eine solche Praxis ist umso schädlicher, weil sie das Verantwortungsgefühl schwächt und vernichtet.

11. Der 10. Parteitag verlief unter dem Zeichen der Arbeiterdemokratie.¹¹ Viele Worte von damals, die zum Schutz der Arbeiterdemokratie gesagt wurden, erschienen mir übertrieben und in erheblichem Umfang demagogisch angesichts der Unvereinbarkeit einer vollen, bis ins letzte entwickelten Arbeiterdemokratie mit der Ordnung der Diktatur. Doch es war vollkommen klar, daß die Einengung der Epoche des Kriegskommunismus lebendigeren und umfassenderen Formen der Parteiöffentlichkeit Platz machen muß. Die Ordnung jedoch, die im Grunde schon vor dem 12. Parteitag errichtet worden ist und danach ihre endgültige Festlegung und Formulierung erhalten hat, ist weiter entfernt von Arbeiterdemokratie als die Ordnung der schlimmsten Tage des Kriegskommunismus.

Die Bürokratisierung des Parteiapparats hat durch die bei der Sekretärsauswahl angewendeten Methoden eine unerhörte Entwicklung genommen. Wenn wir in den schlimmsten Stunden des Bürgerkriegs in den Parteiorganisationen und sogar in der Presse über die Heranziehung von Spezialisten, über Partisanenwesen und reguläre Armee, über Disziplin usw. gestritten haben, dann ist jetzt an einen derart offenen Gedankenaustausch über

¹¹ Zehnter Parteitag - fand vom 8.-16. März 1921 in Moskau statt. Verabschiedete die Neue Ökonomische Politik (NEP). Verhängte ein vorübergehendes Fraktionsverbot in der Partei.

Fragen, die wirklich die Partei bewegen, nicht einmal auch nur zu denken.¹² Es hat sich eine überaus breite Schicht von im Staats- oder Parteiapparat tätigen Parteiarbeitern gebildet, die eine eigene Parteimeinung geradezu aufgegeben haben, zumindest eine öffentlich geäußerte, so als meinten sie, daß die Sekretärshierarchie derjenige Apparat sei, welcher Parteimeinungen und Parteientscheidungen hervorbringe.

Unter dieser Schicht, die sich einer eigenen Meinung enthält, zieht sich die breite Schicht der Parteimassen hin, denen gegenüber sich jede Entscheidung schon als eine Art Aufruf oder Befehl darstellt. In dieser breiten Masse der Basis der Partei herrscht außerordentlich starke Unzufriedenheit, sowohl vollkommen berechnete als auch durch zufällige Ursachen hervorgerufene.

Diese Unzufriedenheit wird nicht auf dem Wege offenen Gedankenaustauschs auf Parteiversammlungen und auf dem Wege des Einwirkens der Massen auf die Parteiorganisationen (Wahl der Parteikomitees, der Sekretäre usw.) beseitigt, sondern sie sammelt sich im Stillen an und führt dann zu inneren Geschwüren. In einer Zeit, da der offizielle, d.h. Sekretärsapparat der Partei immer mehr das Bild einer Organisation bietet, die eine fast völlige Geschlossenheit erreicht hat, gehen Überlegungen und Urteile über die dringendsten und brennendsten Fragen einfach am offiziellen Parteiapparat vorbei und bereiten den Boden für illegale Gruppierungen innerhalb der Partei.

12. Auf dem 12. Parteitag wurde offiziell Kurs auf die "alten Bolschewiken" genommen. Es ist vollkommen offensichtlich, daß die Kader der alten Bolschewiki aus dem Untergrund die revolutionäre Hefe und das organisatorische Rückgrat der Partei darstellen. Wir müssen und sollten mit allen normalen ideologischen Mitteln und Maßnahmen der Partei die Auswahl alter Bolschewiki, natürlich mit den erforderlichen Qualifikationen, für die führenden Parteiposten fördern.

Aber die Art und Weise, wie diese Auswahl heute stattfindet - die Methode der direkten Ernennung von oben - birgt eine große Gefahr: Mit dieser Methode werden die alten Bolschewiki von oben nach Maßgabe des Kriteriums der "Unabhängigkeit" in zwei Gruppen eingeteilt. Der alte Bolschewismus an sich wird daher in den Augen der Gesamtpartei gewissermaßen für alle Absonderlichkeiten des gegenwärtigen innerparteilichen Regimes und für die schweren Fehler beim wirtschaftlichen Aufbau verantwortlich gemacht.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder aus jungen Revolutionären besteht; die nicht im Untergrund gestählt wurden, oder aus Mitgliedern, die von anderen Parteien zu uns gekommen sind. Die wachsende Unzufriedenheit über den eigengesetzlichen Sekretärsapparat, der sich mit dem alten Bolschewismus identifiziert, kann, wenn sich die Dinge auf diesem Wege weiterentwickeln, schwere Folgen für die Bewährung der ideologischen Hegemonie und organisatorischen Führung der Untergrund-Bolschewiken in unserer Partei haben, die nun eine halbe Million Mitglieder zählt.

13. Ein schlimmes Symptom war der Versuch des Politbüros, den Etat auf dem Verkauf von Wodka aufzubauen, d.h. die Einkünfte des Arbeiterstaates von den Erfolgen der Wirtschaftsorganisation unabhängig zu machen. Nur der entschiedene Protest innerhalb und außerhalb des ZK vereitelte einstweilen diesen Versuch, der nicht nur der Wirtschaftsarbeit, sondern auch der Partei selbst einen äußerst schweren Schlag versetzt hätte. Doch der Gedanke

¹² Die Debatte über den Einsatz von Spezialisten im Bürgerkrieg - Im Rahmen seines Plans einer zentralisierten Armee, die zum Sieg über ihre Feinde im Bürgerkrieg fähig sein würde, trat Trotzki für den Einsatz professioneller zaristischer Offiziere ein, sofern sie bereit waren, dem Arbeiterstaat zu dienen. Smirnow, Stalin und Woroschilow traten gegen diese Maßnahme auf. Der Achte Parteitag 1919 unterstützte Trotzki's Politik.

an eine weitere Legalisierung des Wodkas ist vom ZK auch bis jetzt noch nicht verworfen worden. Es besteht absolut kein Zweifel, daß es einen inneren Zusammenhang zwischen dem eigengesetzlichen Charakter der Sekretärsorganisation, die immer unabhängiger von der Partei wird, und der Tendenz gibt, einen von Erfolg oder Mißlingen der kollektiven Auftätigkeit nach Möglichkeit unabhängigen Etat zu entwerfen. Der Versuch, die ablehnende Haltung gegenüber der Legalisierung des Wodkas zu einem regelrechten Verbrechen gegen die Partei zu machen, und die Entfernung eines Genossen aus der Redaktion des Zentralorgans, der die Freiheit zur Erörterung dieses verhängnisvollen Plans verlangt hatte, werden für immer zu den unwürdigsten Momenten in der Geschichte der Partei gehören.

14. Die Armee war und ist von der unsystematischen Wirtschaftsleitung und dem oben charakterisierten Parteiregime nicht weniger schwer betroffen. Die Beschlüsse des Politbüros hinsichtlich der Armee tragen stets episodischen oder zufälligen Charakter. Die Grundfragen des Aufbaus der Armee oder ihrer Vorbereitung auf Militäreinsätze sind im Politbüros niemals behandelt worden, da das Politbüro, das mit einer Vielzahl anderer Fragen überlastet ist, niemals Gelegenheit hat, auch nur ein einziges Problem in allen Einzelheiten und in geplanter, systematischer Weise zu untersuchen. Wirtschaftliche und internationale Ereignisse rufen beim Politbüro innerhalb kürzester Frist direkt entgegengesetzte Beschlüsse zur Armee hervor.

Um nicht zu sehr in die Einzelheiten dieser Frage zu gehen, werde ich nur darauf hinweisen, daß zur Zeit des Curzon-Ultimatums¹³ im Politbüro zwei Mal die Frage gestellt wurde, ob die Armee um 100.000 oder 200.000 Mann vergrößert werden sollte; nur mit großer Mühe konnte dieser Vorschlag abgeschmettert werden. Im Juli, als ich im Urlaub war, wies das Zentralkomitee den Revolutionären Militärrat [Rewwojensowjet] an, einen Plan zur Reduzierung der Armee um 50.000 oder 100.000 Mann auszuarbeiten. Der Generalstab arbeitete im Juli und August fieberhaft an diesem Auftrag.

Ende August wurde er wegen der Ereignisse in Deutschland widerrufen und durch die Anweisung ersetzt, einen Plan zur Stärkung der Armee zu entwerfen. Jede solche Anweisung, die komplexe und schwierige Planungen erfordert, löst eine Serie von entsprechenden Vorschlägen, Anweisungen und Fragen vom Zentrum an die abgelegenen Distrikte aus. In letzteren entsteht der Eindruck, daß dem Rewwojensowjet bei seiner Arbeit jede Leitlinie fehlt. Ein Mitglied des Zentralkomitees, das, sollte man meinen, wissen müßte, auf welche Beweggründe diese Beschlüsse zurückzuführen sind, ging so weit, eben diese Schlußfolgerung über die widersprüchlichen Anweisung des Rewwojensowjets in einer Militärzeitschrift des ukrainischen Militärdistrikts in gedruckter Form zu äußern.

Was die Auswahl der Partei unter Aufsicht der offiziellen Parteinstitutionen angeht, so versetzt sie dem moralischen Zusammenhalt der Armee keinen geringeren Schlag. Genau dieselbe systematische Arbeit, die von oben gegen, beispielsweise, den alten ukrainischen Sownarkom gerichtet wurde, traf und trifft auch den Rewwojensowjet dieser Republik.¹⁴ Das Werk schreitet in letzterem Falle etwas langsamer und in etwas vorsichtigeren und versteckteren Formen voran. Aber im wesentlichen erlebt man hier wie dort vor allem die Ernennung von Personal, das bereit ist, zur Isolierung der führenden Armee-Organe beizutragen.

¹³ Das Curzon-Ultimatum - Im Mai 1923 verlangte die britische Regierung die Einstellung angeblicher antibritischer Aktivitäten des sowjetischen Staates und der Komintern, insbesondere in jenen Ländern, in denen Großbritannien besondere Interessen hatte, wie beispielsweise Indien. Sie drohte mit der Außerkraftsetzung des Handelsabkommens, das im März 1921 zwischen England und der Sowjetunion geschlossen worden war. George Curzon (1859-1925) war der damalige britische Außenminister.

¹⁴ Sownarkom - Rat der Volkskommissare.

Von oben her wird ein doppeltes Spiel in die inneren Beziehungen des Militärapparats hineingetragen. Für gewöhnlich indirekt, aber gelegentlich auch recht offen, wird der Rewwojensowjet der Partei entgegengestellt, obwohl es kaum eine andere Sowjetinstitution gibt, die sich so streng an Buchstaben und Geist nicht nur der Parteitagsbeschlüsse, sondern auch aller Resolutionen des Politbüros hält; der Rewwojensowjet duldet in seinen Räumen weder eine Verurteilung noch auch nur eine Diskussion über diese Beschlüsse, obwohl sie sich, wie oben ausgeführt, nicht immer durch Umsicht oder Koordination auszeichnen.

Der einfachste Schritt bestünde darin, den Rewwojensowjet zu ersetzen. Vorerst entschließt sich das Organisationsbüro noch nicht zu diesem Schritt, aber es treibt seine Organisationspolitik im militärischen Bereich voran und zwingt damit das gesamte ernsthafte Personal in der Armee, sich die Frage zu stellen: wo wird dieses Werk enden und wohin führt es?

15. Die Sicherstellung der Kampffähigkeit der Armee hängt heute zu neun Zehnteln nicht von der Kriegsbehörde, sondern von der Industrie ab. Der generell unsystematische Charakter der Wirtschaft wirkt sich selbstredend voll und ganz auf die Industrie aus, die die Armee beliefert. Das Auswechseln des Führungpersonals, das auch hier nach Maßgabe des Kriteriums der "Unabhängigkeit" stattfand, ging in einem solchen Tempo vor sich, daß die Produktion für das Militär, die in der heutigen außerordentlich verantwortlichen Periode mit zehnfacher Energie hätte vorangehen müssen, beinahe drei Monate lang praktisch ohne wirkliche Führung blieb.

Anstatt sich um die Industrie überhaupt und um die Militärindustrie insbesondere zu kümmern, wurde auf dem letzten Plenum der Versuch unternommen, eine Gruppe von ZK-Mitgliedern unter der Führung von Stalin in den Rewwojensowjet hineinzuschicken.¹⁵ Abgesehen von der innerparteilichen Bedeutung dieser Maßnahme, die keiner Erläuterung bedarf, werden unsere Nachbarn die bloße Ankündigung eines neuen Rewwojensowjet zwangsläufig als Übergang zu einer neuen, d.h. aggressiven Politik auffassen. Nur mein auf das Entschiedenste geäußertes Protest hielt das Plenum von der sofortigen Durchführung der genannten Maßnahme ab. Das Plenum verschob die Schaffung eines neuen Rewwojensowjets "bis zur Mobilmachung".

Auf den ersten Blick erscheint unerklärlich, weshalb wir einen derartigen Vorschlag im voraus verwirklichen und in Dutzenden Exemplaren in Umlauf bringen sollten, wenn doch absolut nicht bekannt ist, wann, unter welchen Umständen und ob überhaupt eine Mobilmachung notwendig sein wird, und wen die Partei dann genau mit der Militärarbeit beauftragt. Aber in Wirklichkeit zählt diese Direktive, die auf den ersten Blick so unklar erscheint, zu den indirekten Vorbereitungen auf das oben erwähnte Ziel. Sie sind typisch für die Praxis der Mehrheit im Politbüro und im Organisationsbüro.

Darüber hinaus beschloß das Plenum, dem Rewwojensowjet sofort ein oder zwei Mitglieder des Zentralkomitees "mit dem besonderen Auftrag zur Überwachung der Militärindustrie" beizuordnen, obwohl diese in keiner Weise dem Rewwojensowjet untersteht und beinahe drei Monate lang ohne Leiter gewesen war. Auf dieser Grundlage ließ das Politbüro die Genossen Laschewitsch und Woroschilow in den Rewwojensowjet aufnehmen; Genosse Woroschilow, "mit dem besonderen Auftrag zur Überwachung der Militärindustrie" betraut, verbleibt

¹⁵ Stalin, Josef Wissarionowitsch (Dschugaschwili) (1879-1953) - spielte bei der Machteroberung im Oktober 1917 eine unbedeutende Rolle. Ab April 1922 Generalsekretär der Partei. Wurde zum Sprachrohr der Bürokratie, die sich in der UdSSR entwickelte. Organisierte in den dreißiger Jahren die Vernichtung der Bolschewistischen Partei und ließ die Führung der russischen Revolution ermorden. Leitete die Ermordung Troztkis im August 1940.

unterdessen in Rostow. Im wesentlichen ist auch diese Maßnahme wie oben erwähnt eine vorbereitende.

Nicht umsonst hat Kuibyschew auf den ihm von mir gemachten Vorwurf, daß die wirklichen Motive des Vorschlags über die Ablösungen im Militärischen Revolutionsrat nichts mit den offiziell erklärten Motiven zu tun hätten, diesen Widerspruch nicht nur nicht bestritten - wie hätte er sich auch bestreiten lassen? - sondern mir offen gesagt: "Wir halten es für notwendig, gegen Sie zu kämpfen, doch wir können Sie nicht zum Feind erklären; daher sind wir gezwungen, derartige Methoden anzuwenden."¹⁶

16. Die gegenwärtig rasch zunehmende Krise in der Partei kann natürlich nicht mit Repressionsmaßnahmen überwunden werden, unabhängig davon, wie berechtigt oder unberechtigt sie, in jedem gegebenen Falle sein mögen. Die objektiven Schwierigkeiten der Entwicklung sind sehr groß. Sie werden durch das von Grund auf verkehrte Parteiregime aber nicht verringert, sondern verstärkt, indem die Aufmerksamkeit von kreativen Aufgaben abgelenkt und auf innerparteiliche Gruppierungen gerichtet wird, indem - oft unter Mißachtung seiner Stellung in Partei oder Sowjet - Personal künstlich ausgewählt wird, indem eine geachtete und kompetente Führung durch formale Befehle ersetzt wird, bei denen man ausschließlich auf den passiven Gehorsam aller rechnet.

Dieses innerparteiliche Regime, das die wirtschaftliche Entwicklung untergräbt, war und ist der unmittelbare Grund für die wachsende Unzufriedenheit mancher, für die Apathie und Passivität anderer, und für die praktische Entfernung wieder anderer von ihrer Arbeit. Vielleicht könnte die Partei zeitweilig mit dem gegenwärtigen unterdrückerischen innerparteilichen Regime leben, wenn es wirtschaftliche Erfolge sicherstellen würde. Aber das ist nicht der Fall. Deshalb kann dieses Regime nicht lange dauern. Es muß geändert werden.

17. Hatten der unsystematische Charakter der Wirtschaftspolitik und der Sekretärsbürokratismus in der Parteipolitik schon vor dem 12. Parteitag Unruhe ausgelöst, so hat wohl andererseits niemand erwartet, daß diese Politik derart rasch ihren Bankrott enthüllen würde. Die Partei tritt in die vielleicht entscheidendste Epoche der Geschichte mit der schweren Last der Fehler ihrer führenden Organe. Die Aktivität der Partei ist erstickt. Mit großer Sorge blickt die Partei auf die schreienden Widersprüche unserer Wirtschaftsarbeit mit all ihren Folgen. Mit vielleicht noch größerer Sorge sieht die Partei die Zerstrittenheit, die um den Preis der Lähmung der führenden Partei und der Sowjetorgane von oben in ihre Reihen getragen wird.

Die Partei weiß, daß die offiziellen Motive für Ernennungen, Entlassungen, Ablösungen und Versetzungen in keiner Weise den wahren Motiven entsprechen oder der Sache dienen. Das Ergebnis ist der Zusammenbruch der Partei. Zum 6. Jahrestag der Oktoberrevolution und am Vorabend der Revolution in Deutschland ist das Politbüro genötigt, den Entwurf einer Verordnung zu erörtern, der besagt, daß jedes Parteimitglied verpflichtet ist, den

¹⁶ Laschewitsch, Michail Michailowitsch (1884-1928) - bekannter bolschewistischer Militärführer in Petrograd. Kommandierte während des Bürgerkriegs eine Zeitlang die Dritte Armee, war dann Mitglied des Revolutionären Militärrats der Ost- und der Südfront.

Woroschilow, Kliment Jefremowitsch (1881-1969) - eines jener Mitglieder der Bolschewistischen Partei, die nach dem Februar 1917 die Provisorische Regierung unterstützten. Gehörte gemeinsam mit Stalin einer Fraktion an, die sich während des Bürgerkriegs dem Aufbau einer zentralisierten Militärorganisation widersetzte. Spielte eine größere Rolle bei der Säuberung der Roten Armee von 1936-38. Wurde später von Chruschtschow kritisiert und trat aus "Gesundheitsgründen" zurück.

Kuibyschew, Walerian Wladimirowitsch (1888-1935) - Kommissar und Mitglied des Revolutionären Militärrats der Südlichen Gruppe der Ostfront während des Bürgerkriegs. Sekretär des Zentralkomitees der RKP (B) von April 1922 an. Unterstützte Stalin im Kampf gegen die Linke Opposition.

Parteiorganisationen und der GPU von illegalen Gruppierungen in der Partei Mitteilung zu machen.

Es ist völlig offensichtlich, daß eine solche Ordnung und ein solcher Zustand der Partei unvereinbar mit den Aufgaben sind, die der Partei allein aus der Tatsache der deutschen Revolution erwachsen können und aller Wahrscheinlichkeit nach erwachsen werden.

Dem Bürokratismus der Sekretäre muß ein Ende bereitet werden. Die Parteidemokratie muß zumindest in den Bereichen, in denen der Partei Verknöcherung und Entartung drohen, zu ihrem Recht kommen.

Die unteren Schichten der Partei müssen sich im Rahmen der Parteiprinzipien darüber äußern, womit sie nicht zufrieden sind; sie müssen die tatsächliche Möglichkeit erhalten, in Übereinstimmung mit den Parteistatuten und, was die Hauptsache ist, mit dem Gesamtsinn unserer Partei ihren organisatorischen Apparat zu gestalten. Entsprechend den wirklichen Anforderungen unserer Arbeit, vor allem in der Industrie und insbesondere in der Militärproduktion, müssen die Kräfte der Partei umgruppiert werden.

Ohne die Beschlüsse des 12. Parteitags zur Industrie wirklich auszuführen, ist es unmöglich, einem stabilen Lohnniveau für die Arbeiter und dessen systematischer Anhebung auch nur nahezukommen. Der schmerzloseste und kürzeste Ausweg aus dieser Lage würde darin bestehen, daß die gegenwärtig führende Gruppe alle Folgen des von ihr künstlich aufrechterhaltenen Regimes anerkennt und ihre aufrichtige Bereitschaft unter Beweis stellt, sich an der Umorientierung des Parteilebens in eine gesündere Richtung zu beteiligen. In diesem Falle könnten die Methoden und organisatorischen Formen für einen Kurswechsel problemlos gefunden werden. Die Partei würde freier atmen. Genau dies ist der Weg, den ich dem Zentralkomitee vorschlage.

18. Den Mitgliedern von ZK und ZKK ist bekannt, daß ich mit aller Entschiedenheit und Bestimmtheit im ZK gegen eine falsche Politik, insbesondere hinsichtlich der Wirtschaft und des Parteiregimes gekämpft habe, daß ich es jedoch grundsätzlich vermieden habe, den Kampf im ZK auch nur einem sehr engen Kreis von Genossen zur Beurteilung vorzutragen; das gilt auch für Genossen, die bei einem einigermaßen richtigen Parteikurs einen bedeutenden Platz in ZK und ZKK einnehmen müßten. Ich muß feststellen, daß meine anderthalbjährigen Bemühungen zu keinem Resultat geführt haben. Es droht, dazu zu kommen, daß die Partei in eine plötzliche Krise von ungewöhnlicher Schärfe gerät, und in dem Fall hätte die Partei das Recht, jedem, der die Gefahr sah, sie aber nicht offen beim Namen nannte, vorzuwerfen, daß er die Form höher stellte als den Inhalt.

Angesichts der eingetretenen Lage halte ich es nicht nur für mein Recht, sondern auch für meine Pflicht, das, was ist, jedem Parteimitglied mitzuteilen, das ich für genügend geschult, reif, diszipliniert und infolgedessen fähig halte, der Partei dabei zu helfen, ohne fraktionelle Krämpfe und Erschütterungen aus der Sackgasse herauszufinden.

L. Trotzki

Auszüge aus der Antwort der Mitglieder des Politbüros auf Trotzki's Brief vom 8. Oktober 1923

Viele Mitglieder des ZK und der ZKK wissen, daß die Zusammenarbeit zwischen Trotzki und der Mehrheit des Politbüros seit mehr als einem Jahr vorwiegend in der Form stattgefunden hat, daß Genosse Trotzki Briefe und Erklärungen schickt, in denen er ausnahmslos praktisch die gesamte Tätigkeit des ZK kritisiert. In den meisten Fällen hat die Mehrheit des Politbüros davon abgesehen, diese Dokumente schriftlich zu beantworten. Nur von Zeit zu Zeit antwortete Genosse Lenin in einzelnen Fällen mit schriftlichen Stellungnahmen auf diese oder jene besonders falsche Erklärung des Genossen Trotzki. Unmittelbar vor dem 12. Parteitag der RKP mußten die Unterzeichneten in schriftlicher Form auf mehrere solcher Behauptungen des Genossen Trotzki reagieren, als deutlich wurde, daß er auf zwei große politische Fehler zusteuerte:

1. in der Frage der Smytschka mit der Bauernschaft bezog Genosse Trotzki damals eine von Grund auf falsche Position, die zu einer Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft führte; und

2. zur Frage der Rolle der Partei in der Führung der Staats- und Wirtschaftsinstitutionen bezog Genosse Trotzki damals eine Position, die jener des Genossen Ossinski sehr nahe kam.

Seither haben wir Genosse Trotzki's schriftliche Stellungnahmen und Erklärungen, die sich nach dem 12. Parteitag zunehmend häuften, nicht ein einziges Mal beantwortet. Genosse Trotzki's Brief vom 8. Oktober gehört allerdings zu jenen Dokumenten, die nicht unbeantwortet bleiben können. Erstens macht sich Genosse Trotzki in diesem Brief, indem er als erster das ZK angreift, zum Rädelführer des Kampfes gegen das ZK, der in einem schwierigen Moment der internationalen Lage die Parole einer Offensive gegen das ZK ausgibt. Angesichts dessen hat das Politbüro nicht das Recht, auf eine Antwort auf Genossen Trotzki's Brief zu verzichten. Zweitens begeht Genosse Trotzki in diesem Brief, den das Präsidium der ZKK und das Büro des Moskauer Gouvernementskomitees zutreffend als "Brief-Plattform" und als einen offenen Akt organisierten Fraktionalismus bezeichnen, eine Anzahl Fehler, die für die Partei noch gefährlicher werden können, als seine "Pamphlet-Plattform", die am Vorabend des 10. Parteitags der RKP erschien. Diese Fehler können eine wirkliche Krise in der Partei und eine Spaltung zwischen der Partei und der Arbeiterklasse auslösen.

Wenn unsere Partei den Genossen Trotzki nicht zwingt, die ungeheuerlichen Fehler zu widerrufen, die er in seiner "Brief-Plattform" vom 8. Oktober 1923 begeht, dann wird nicht nur der RKP und nicht nur der UdSSR, sondern auch der deutschen Revolution ein enormer Schlag versetzt...

In Genosse Trotzki's Erklärungen sind viele eingebildete und weit hergeholt "Meinungsverschiedenheiten" an den Haaren herbeigezogen worden. Die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten (die wichtigsten) bestehen in folgendem:

1. Im Bereich der Wirtschaftsfragen: Genosse Trotzki versteht das Entwicklungstempo auf diesem Gebiet nicht. Er droht der Partei. Er fordert eine derartig einseitige "strikte Konzentration", verkörpert in der wirtschaftlichen Diktatur der Genossen Trotzki und Kologajew, daß sie zu einem Bruch zwischen der Partei und dem Kern der Arbeiterklasse führen würde.

2. Im Bereich der Außenpolitik: Genosse Trotzki drängt uns eine Politik der "willkürlichen Impulse" auf, die die Nation in militärische Abenteuer stürzen könnte und sie in den Augen der Bauernschaft jeder politischen Glaubwürdigkeit berauben würde.

3. Im Bereich der innerparteilichen Politik: Genosse Trotzki wird zum Mittelpunkt all jener Elemente, die den Grundstock der Kader unserer Partei bekämpfen.

4. Genosse Trotzki kennt die Partei und ihr inneres Leben nicht und ist offenbar nicht in der Lage sie zu verstehen. Daher seine "lapidaren" Charakterisierungen wie "Oblomowismus der Distriktkomitees"; daher sein fehlender Glaube an die lokalen Parteiorganisationen; daher seine gefährlichen Fehler in der Frage der Beziehung zwischen Partei und Staat - Fehler, die den politischen Gegnern unserer Partei vollkommen zugute kommen.

5. Zur Frage der Bauernschaft: Genosse Trotzki hat mehr als einmal grundlegende Fehler gemacht. Sowohl auf dem 10. als auch auf dem 12. Parteitag der RKP konnten die Irrtümer des Genossen Trotzki im wesentlichen auf eine Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft reduziert werden. In einem Land wie dem unseren droht dies die gefährlichsten Komplikationen hervorzurufen.

6. Im Bereich der Militärarbeit: Indem er die beste Gruppe der militärischen Mitglieder des Zentralkomitees vor den Kopf stößt, schwächt Trotzki den Rewwojensowjet [Revolutionären Kriegsrat] und zieht ihn von der Partei weg.

7. Und die wichtigste Frage: In einem für die Republik und für die Weltrevolution entscheidenden Moment erschüttert Genosse Trotzki die Einheit der Partei.

Der Brief Leo Trotzki vom 19. Oktober 1923

An das Präsidium der ZKK

An das Politbüro des ZK¹⁷

Streng vertraulich

- 1.** Die Resolution des Präsidiums der ZKK über meinen Brief¹⁸ wurde verabschiedet, ohne daß ich zu der Sitzung des Präsidiums eingeladen worden wäre, ohne jegliche faktische Erläuterungen meinerseits anzuhören, d.h. unter Mißachtung der elementaren Garantien für die Richtigkeit und Unparteilichkeit eines Urteils, das jedes Parteimitglied betrifft.
- 2.** Das Präsidium der ZKK charakterisiert meinen Brief als Plattform für die Schaffung einer Fraktion. In dieser Bewertung kann ich nur die Fortsetzung eben jenes Kampfes sehen, von dem mir Genosse Kuibyschew vor meinem Brief und unabhängig davon berichtete¹⁹.
- 3.** Ich nenne in meinem Brief seine Ziele. Auf der Grundlage meines gesamten Verhaltens im Zentralkomitee muß das Präsidium der ZKK unbedingt anerkennen, daß ich vor allem alle Schritte vermied, die auch nur oberflächlich den Anschein eines Versuchs zur Bildung einer Fraktion erwecken könnten. Gerade als die Diskussion innerhalb des Zentralkomitees - in einer gegen mich gerichteten Form - breiten Kreisen der Partei unmittelbar zugänglich wurde, enthielt ich mich Nichtmitgliedern des Zentralkomitees gegenüber jeglicher Äußerungen zu den umstrittenen Fragen.
- 4.** Ich hegte unablässig die Hoffnung, daß die objektive Erfahrung im Zusammenwirken mit der Kritik innerhalb des ZK schließlich für eine richtige Linie in den umstrittenen Fragen sorgen würde.
- 5.** Als ich von einer längeren Behandlung aus Kislowodsk²⁰ zurückkehrte, stellte ich fest, daß sich die Lage im Lande und in der Partei zum schlechteren gewandelt hatte. Ich muß sagen, daß mir diese Veränderung erst auf dem Plenum des ZK²¹ klar wurde, denn während meines Aufenthaltes in Kislowodsk erhielt ich von niemandem Informationen über diese Frage. Die allgemeine Richtung der Arbeit des Plenums verlief allerdings nach wie vor völlig in den alten Bahnen. Es sind keine Maßnahmen ergriffen worden, die der entstandenen Lage auch nur im mindesten entsprechen.

¹⁷ Trotzki, Lew Dawidowitsch (1879-1940) - Stand gemeinsam mit Lenin an der Spitze der Oktoberrevolution. Führt in Lenins letzten Lebensmonaten gemeinsam mit ihm den Kampf gegen die entstehende Bürokratie in Partei und Staat. Setzte diesen Kampf nach Lenins Tod fort. 1927 aus der Partei ausgeschlossen und des Landes verwiesen. Gründete 1938 die Vierte Internationale. Auf Befehl Stalins hin 1940 in Mexiko ermordet. Präsidium - ausführendes Gremium, das zwischen den Tagungen seines Organs dessen Vollmachten übernimmt.

Politbüro - Abkürzung für Politisches Büro, eine Unterabteilung des Zentralkomitees.

ZKK - Zentrale Kontrollkommission der Russischen Kommunistischen Partei (B). Sie wurde eingerichtet, um die Kontrolle der Partei über die Arbeit ihrer Komitees und des Staatsapparats aufrechtzuerhalten.

ZK - Zentralkomitee. Es wird auf den Parteitag gewählt, um die Partei zwischen den Parteitagen zu führen. RKP (B) - Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki). Die Bolschewiki, russisch für "Mehrheitler", entstanden 1903 als Fraktion der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP), die sich von der opportunistischen Minderheit der Menschewiki abspaltete. Die RSDAP (B) nannte sich 1918 in Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki) um.

¹⁸ Trotzki meint die Resolution des Präsidiums der ZKK vom 15. Oktober 1923.

¹⁹ Kuibyschew, Walerian Wladimirowitsch (1888-1935) Kommissar und Mitglied des Revolutionären Militärrats der Südlichen Gruppe der Ostfront während des Bürgerkriegs. Sekretär des Zentralkomitees der RKP (B) von April 1922 an. Unterstützte Stalin im Kampf gegen die Linke Opposition.

²⁰ Im Herbst und Winter 1923 war Trotzki durch eine Grippe-Erkrankung an seine Wohnung gefesselt. Dort fanden die Treffen des Politbüros statt, an denen er teilnahm.

²¹ Dies bezieht sich auf das Plenum des ZK der RKP (B) im September 1923.

6. Auf der Sitzung des Politbüros nach dem Plenum bewertete ich die ernste Lage, die entstanden war, und wies darauf hin, daß sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch innerhalb der Partei außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich waren, um eine wirkliche Möglichkeit zu geschlossener Arbeit innerhalb der Partei zu schaffen.

7. Die Reaktion auf meine Rede war der Vorschlag des Genossen Rykow, ein privates Treffen mit Mitgliedern des Politbüros abzuhalten.²² Aufgrund einer Reihe geringfügiger Mißverständnisse, die man niemandem persönlich vorwerfen kann, fand dieses Treffen nicht statt. Erst am 15. Oktober erhielt ich eine erklärende Notiz von Genossen Rykow, die mit den Worten beginnt: *»Man kann mir große Vorwürfe machen, weil ich Ihre Notiz nicht erwiderte, die Sie mir als Antwort auf eine Einladung zur Abhaltung eines Treffens mit mehreren ZK-Mitgliedern zusandten.«*

8. Nachdem ich keine Antwort auf meine Notiz erhalten hatte, mußte ich mit vollem Recht annehmen, daß die Mitglieder des Politbüros sich geweigert hatten, die von ihnen selbst vorgeschlagene Diskussion über die von mir aufgebrachten Hauptfragen der inneren Krise abzuhalten. Erst daraufhin schrieb ich meinen Brief, der sein genaues Ziel selbst erklärt: das ZK zu zwingen, in Übereinstimmung mit sämtlichen entstandenen Umständen die schlimmsten und schmerzhaftesten Probleme unseres internen Lebens auf andere Weise anzugehen und anders zu lösen.

Um meine Einschätzung der entstandenen Lage zu verifizieren, machte ich weniger als 10 verantwortungsvolle Genossen mit meinem Brief bekannt; sie alle waren sich darüber klar, daß sie es mit einem streng vertraulichen innerparteilichen Dokument zu tun hatten, das aus internationalen Gründen keineswegs weit verbreitet und somit zu keiner Plattform werden konnte²³.

9. Als ein Teil des Politbüros vorschlug, den Brief nicht an die Mitglieder des ZK und der ZKK zu schicken, um die Probleme nach Möglichkeit durch das Politbüro zu lösen, stimmte ich dieser Empfehlung zu.²⁴ Aber ich warnte, daß einige wenige Genossen, die nicht ZK-Mitglieder waren, meinen Brief kannten. Als ich nach der Sitzung des Politbüros erfuhr, daß einige Kopien meines Briefes angefertigt worden waren, forderte ich sofort kategorisch nicht nur, daß sie nicht verteilt, sondern auch, daß sie mir zurückgegeben werden. Dieses Verhalten ähnelt schwerlich der Verbreitung einer Plattform.

10. Das Präsidium der ZKK verlieh dem Gedanken Ausdruck, daß die Frage innerhalb der Grenzen von ZK und ZKK gelöst werden muß. Das Politbüro wies diesen Standpunkt auf der Grundlage zurück, daß mein Brief angeblich massenhaft verteilt worden sei. Ich habe keine Möglichkeit zu überprüfen, ob dies stimmt oder nicht, d.h. in welchem Maße mein Brief bekannt ist, nun, da er allen Mitgliedern des ZK und der ZKK zugegangen ist. Aber wir alle wissen, daß Genosse Lenins Brief zur nationalen Frage, der einem relativ breiten Kreis von Parteimitgliedern zur Kenntnis gebracht wurde, damals in einhelliger Übereinstimmung nicht breit zirkuliert wurde.²⁵ Für mich ist völlig klar, daß bei dem entsprechenden Wunsch mein

²² Rykow, Alexej Iwanowitsch (1881 -1 938) - trat als Student im Jahr 1899 der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei. Wurde zum heftigen Gegner der Forderungen der Linken Opposition nach einer zentralen Wirtschaftsplanung. Neben Bucharin einer der Führer des rechten Parteiflügels. Wurde als Opfer des dritten Moskauer Prozesses 1938 erschossen.

²³ Trotzki bezieht sich auf die revolutionäre Krise, die zu jener Zeit in Deutschland heranreifte.

²⁴ Die genannte Sitzung des Politbüros des ZK der RKP (B) fand am 11. Oktober 1923 statt.

²⁵ Auf einer außerordentlichen Zusammenkunft im Rahmen des 12. Parteitags der RKP (B) wurde W.I. Lenins Brief "Zur Frage der Nationalitäten" verlesen.

Brief, der seinem ganzen Wesen nach und aufgrund der internationalen Situation für einen sehr beschränkten Personenkreis bestimmt war, nicht über diesen Rahmen hinausgehen mag, sofern wirklich die Entschlossenheit besteht, diese Fragen ohne fraktionelle Krämpfe und Erschütterungen zu untersuchen.

11. Die Weigerung des Politbüros, den entsprechenden Teil der ZKK-Resolution gutzuheißen, kann nur als Entscheidung verstanden werden, meinen Brief breit zu zirkulieren. In gerade dieser Weise kann er dann, was jetzt nicht der Fall ist, als Plattform charakterisiert werden.

12. Ich weise die Bewertung meines Briefes durch die ZKK kategorisch zurück und stelle mit dieser Erklärung die grundlegenden Fakten fest, zu denen mich das Präsidium der ZKK zur angemessenen Zeit nicht hören wollte.

L. Trotzki

Resolution über die Parteidemokratie²⁶

- E. Preobraschenski -

Um die Resolution des 10. Parteitags über die Parteiarbeit wirksam werden zu lassen und die Prinzipien der Arbeiterdemokratie im Parteileben zu verwirklichen, sind folgende Maßnahmen notwendig:

1. Es ist erforderlich, eine Reihe von Resolutionen über die Heranziehung der Peripherie der Partei zur aktiven Arbeit auch tatsächlich zu praktizieren. Dies darf nicht nur ein Transmissionsriemen der höchsten Parteiorgane zu den arbeitenden Massen sein, sondern gerade der Bereich, in dem die Meinung der Partei und der Gesellschaft auf der Grundlage der Verbindung mit den Massen gebildet wird. Es ist notwendig, daß eine breite Diskussion aller wichtigen Fragen des politischen, wirtschaftlichen und Parteilebens in allen Parteiorganisationen stattfindet; miteingeschlossen die Erlaubnis, in Debatten Parteifragen nicht nur auf Vorschlag des Parteikomitees aufzuwerfen, sondern auch durch die Initiative der Parteizellen selbst.

2. Es ist notwendig, das Verbot von Diskussionen, die gerade die grundlegende Form der Parteikritik sind, im allgemeinen aufzuheben und im besonderen die Diskussionen in den Parteizirkeln und der Parteipresse wieder zu beleben.

3. Es ist notwendig, eine wirksame und ständige Kontrolle der öffentlichen Parteimeinung über die Arbeit der leitenden Organe durch systematische Rechenschaftsberichte der Parteikomitees vor lokalen Zellen und allgemeinen Parteiversammlungen zu sichern.

4. Es ist notwendig, die Praxis der Kooptation durch die Parteiführung zu stoppen und das Prinzip der Wahl der ausführenden Parteiorgane und -funktionen wiederherzustellen, wie es immer in der Partei existiert hat.

5. Es ist notwendig, mit dem bestehenden System der Auswahl der Parteiarbeiter aufzuhören, die nicht nur nach Maßgabe der Eignung für diese oder jene Aufgabe geschieht, sondern auch nach der Bereitschaft, sich den gegebenen Anordnungen zu unterwerfen. Dieses System ermöglicht das Auftauchen solch negativer Phänomene in der Partei wie Unterwürfigkeit und Karrierismus. Um diese unerwünschten Phänomene zu bekämpfen ist es notwendig, die Arbeit der Auswahlkommissionen von Grund auf zu ändern.

6. Es ist notwendig, personelle Veränderungen zu überprüfen, die im Laufe des Kampfes gegen Genossen mit abweichenden Meinungen erfolgt sind und solche Umsetzungen wieder rückgängig zu machen, die für unsere Parteiarbeit besonders schädlich waren und immer noch sind.

²⁶ Dieses Dokument ist eine Resolution, die E. Preobraschenski im Namen der Opposition einer Plenarsitzung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission vorlegte, die vom 25. - 27. Oktober 1923 tagte. In sechs Punkten forderte sie Maßnahmen zur Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie. Diese Resolution wurde mit 102 gegen 2 Stimmen abgelehnt - ein Mehrheitsverhältnis, das zeigt, wie weit die Korruption der Partei bereits zu diesem Zeitpunkt fortgeschritten war. Preobraschenski, Jewgenij Alexejewitsch (1886 - 1937): Parteimitglied seit 1903; von 1921 an Vorsitzender des Finanzausschusses beim Zentralkomitee und dem Rat der Volkskommissare. Hervorragender Ökonom und Schriftsteller, Herausgeber der "Prawda", leistete Bildungsarbeit. Autor des Werks "Von der NEP zum Sozialismus". In Trotzki's Abwesenheit übernahm er die führende Rolle im Kampf der Opposition von 1923 gegen die wachsende Bürokratie. Spielte eine Schlüsselrolle in der Vereinigten Opposition von 1926. Wurde als einer der ersten 1927 aus der Partei ausgeschlossen. Im Moskauer Prozeß von 1936 angeklagt. Von Stalin ermordet.

10. Parteitag - Der 10. Parteitag, der vom 8. bis 16. März 1921 in Moskau stattfand, beschloß die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) und verhängte ein zeitweiliges Fraktionsverbot in der Partei.

Der Brief Trotzki's vom 23. Oktober 1923 an die Parteiführung

An das Plenum

Die Antwort der Mitglieder des Politbüros auf meinen Brief läßt erkennen, daß die Autoren des Briefes die Notwendigkeit und Möglichkeit ernsthafter Veränderungen in der gegenwärtigen Partei- und Wirtschaftspolitik für ausgeschlossen halten; es scheint, als hätten sie jeden Gedanken an die Schaffung normaler Bedingungen für eine gesunde kollektive Arbeit in den Führungsorganen der Partei vollkommen beiseite gewischt. Und dieser Umstand bietet Anlaß zu größter Besorgnis.

I. Das innerparteiliche Regime

1. Als erstes verlagert das Dokument die gesamte Frage der Parteikrise auf die Ebene formaler Anschuldigungen wegen Schaffung einer Plattform, wegen Fraktionismus usw. Ein solcher Vorwurf bedeutet aber einen schreienden Mißbrauch der Resolution des 10. Parteitags. Es gibt absolut keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die Existenz einer Fraktion, d.h. organisierter Gleichgesinnter innerhalb der Partei, eine außerordentliche Gefahr darstellt. Aber deshalb muß man noch lange nicht jeden Versuch von einzelnen Parteimitgliedern oder Gruppen, das Zentralkomitee auf Irrtümer und Fehler seiner Politik aufmerksam zu machen, als Fraktion bezeichnen. Nichts ist gefährlicher, als die Resolution zum Verbot der Fraktionsbildung innerhalb der Partei bis zur bürokratischen Absurdität zu treiben.

Ein wahrhaft nicht-fraktionelles Regime in der Partei kann in Wirklichkeit nur dann gewahrt werden, wenn die Partei von oben bis unten ein aktives und unabhängiges Kollektiv bleibt, wenn die bestimmenden Organe nicht selbst eine Politik heimlicher fraktioneller Auswahl betreiben, und wenn sie aufmerksam auf die Stimme der innerparteilichen Kritik hören, ohne zu versuchen, jeden unabhängigen Gedanken in der Partei mittels Anschuldigungen des Fraktionismus zu erledigen.

2. Auf der Sitzung des Politbüros am 11. Oktober²⁷ warf Genosse Dserschinski dem Moskauer Komitee vor, Bedingungen geschaffen zu haben, in denen die einfachen Mitglieder der Moskauer Organisation sich nicht in der Lage sehen, ihre Meinung im Rahmen der Parteiorganisation zu äußern, sondern es hinter deren Rücken tun. Genosse Selenski, der Sekretär des Moskauer Distriktkomitees, antwortete darauf wörtlich: *»Sie sagen, daß es in den Parteizellen kein Leben gibt, daß jeder schweigt. Aber war es auf der Parteikonferenz über die deutschen Ereignisse nicht ganz genauso? Auch dort ist jeder stumm geblieben.«*

Gegen den Vorschlag, eine neue Resolution des Politbüros zu verabschieden, die alle Parteimitglieder verpflichtet, über Gruppierungen in der Partei Meldung zu erstatten, führte Genosse Bucharin ins Feld: *»Das würde nur schaden. Man würde es als übertriebene Maßnahme im Polizeistil auffassen, und davon haben wir ohnehin schon genug. Wir müssen das Steuer in Richtung Parteidemokratie herumwerfen.«*

Genosse Molotow erklärte, er seinerseits erhebe keine Einwände. Auf meine Frage hin, wogegen er keine Einwände erhebe, antwortete Molotow, er werde *»den von Genosse Bucharin vorgebrachten elementaren Wahrheiten«* nicht widersprechen; d.h. der Notwendigkeit einer scharfen Wende in Richtung Parteidemokratie. All diese Sätze, werden

²⁷ Auf der Sitzung des Politbüros des ZK der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) am 11. Oktober 1923 war Trotzki's Brief vom 8. Oktober 1923 diskutiert worden.

hier wörtlich wiedergegeben, da ich angesichts der außerordentlichen Bedeutung der Frage die wichtigsten Formulierungen sofort niederschrieb. Niemand widersprach der Aussage, daß wir nicht mit weiteren Drohungen, Unterdrückungsmaßnahmen, Strafen oder, wie Genosse Bucharin sagte, durch gesteigerte Maßnahmen im Polizeistil vorwärts gehen mußten, sondern durch ein entschiedenes Wenden des Steuers in Richtung Parteidemokratie.

Im Brief der Politbüromitglieder findet sich indessen nicht einmal eine Andeutung einer solchen Diskussion des Problems. Das innerparteiliche Regime wird für normal erklärt. Der Brief äußert sich sehr detailliert über die Erziehungsarbeit der Partei, über die Ausbildung neuer Parteiarbeiter, usw. Ohne Zweifel ist der Parteiapparat einschließlich seines Ausbildungsapparats enorm gewachsen; ohne Zweifel hat sich diese Erziehungsarbeit stark entwickelt, und das ist natürlich eine große Errungenschaft. Aber diese Tatsache schließt nicht aus und widerlegt auch nicht das außerordentliche Absinken der politischen und kritischen Aktivität der Partei, und die parallele Zunahme rein mechanischer, organisatorischer Maßnahmen, um die Linie der Führungsorgane der Partei durchzusetzen.

3. Mein Hinweis auf die ungesunden Methoden²⁸, die in der Vorbereitungsperiode des 12. Parteitags angewandt wurden, um - ohne ausreichende oder zumindest klar formulierte ideologische Grundlage - einen Teil der führenden Genossen gegen den anderen zu stellen, löste eine Antwort von der Autorengruppe aus, die erneut eine ganz unbegründete, formale Anschuldigung darstellt: Ich "verunglimpfe" die korrekte Zusammensetzung des 12. Parteitags. Davon hatte es in meinem Brief nicht die geringste Andeutung gegeben. Die Kompetenz oder Autorität des 12. Parteitags formell in Frage zu stellen, ist im besten Falle unangebracht. Aber es ist vollkommen angemessen und richtig, die Frage aufzuwerfen, daß ein innerparteiliches Regime sichergestellt werden muß, in dem sich die Partei von Tag zu Tag ihre Meinung über die wichtigen Fragen bilden und auf diesem Wege ihren Willen mittels ihrer Parteitage festlegen kann.

4. Die "Antwort" der Mitglieder des Politbüros schreibt mir die Forderung nach einer Art absoluten, "vollentwickelten" Demokratie zu und fragt mich, ob ich die Rücknahme aller Partieresolutionen fordere, die die Anwendung "vollentwickelter" demokratischer Methoden beschränken. In Wirklichkeit wird in meinem Brief gesagt, daß mir viele Reden zur Verteidigung der Parteidemokratie einst (auf dem 10. Parteitag) übertrieben und demagogisch erschienen angesichts der "Unvereinbarkeit einer vollen, bis ins letzte entwickelten Arbeiterdemokratie mit der Ordnung der Diktatur".

Alle diesbezüglichen Argumente in der "Antwort" sind daher ein völliges Mißverständnis. Ich forderte nicht einmal ein "drastisches Herumreißen des Steuers in Richtung Parteidemokratie", wie es Genosse Bucharin am 11. Oktober auf der Sitzung des Politbüros tat, ohne daß ihm jemand widersprochen hätte. Es wäre völlig ausreichend, wenn die Veränderung aufrichtig und gewissenhaft wäre, nicht drastisch, sondern behutsam - wie es die Lage erfordert. Nur eine solche Veränderung wäre wirklich produktiv. Die Schranken, die die Partei gesetzt hat, müssen aufrechterhalten bleiben, bis die Erfahrung sie als falsch erwiesen haben wird. Aber im Rahmen dieser Beschränkungen muß die Partei das wirkliche Leben einer leitenden und regierenden Organisation führen und darf nicht stumm bleiben. Das ist der Kern der Frage.

²⁸ Trotzki bezieht sich darauf, daß die Delegierten für den 12. Parteitag der RKP (B), der im April 1923 stattfand, auf zahlreichen Distriktkonferenzen aufgrund von Empfehlungen der Sekretäre der Distriktkomitees bestimmt worden waren. Vom Sommer 1922 an waren die Distriktkomitees ihrerseits entsprechend den Empfehlungen des ZK ausgewählt, d.h. in Wirklichkeit vom Sekretariat des ZK ernannt worden.

5. Daß der Mjasnikowismus²⁹ kein neues Phänomen darstellt - wie in der "Antwort" gesagt - ist unbestreitbar. Aber das Politbüro selbst hatte mit voller Berechtigung Alarm geschlagen wegen der Zunahme des Mjasnikowismus, wegen der Ausbreitung illegaler Zellen in der Partei, wegen der Beteiligung von Parteimitgliedern an Streiks und wegen der passiven Haltung vieler Parteimitglieder, die nicht zu den illegalen Zellen gehören, gegenüber diesen Erscheinungen. Das war der Grundgedanke hinter den Schlußfolgerungen von Genosse Dserschinskis Kommission. Das ist der Kern des Problems.

Es scheint, daß niemand die Gefahr der Lage verkannte. Gerade von diesem Standpunkt aus forderte Genosse Dserschinski eine Umorganisation des Moskauer Komitees, da es, um seinen Ausdruck zu gebrauchen, zu bürokratisch sei. Gerade aus diesem Grund forderte Genosse Bucharin eine scharfe Wende zur Parteidemokratie, und gab Genosse Molotow zu, daß dies »elementare Wahrheiten« seien. Und nun wird all dies für nicht existent erklärt, alles wird auf den ausgeschlossenen Mjasnikow und... auf Genossen Rjasanow reduziert. Eine derart schlagende und in keiner Hinsicht prinzipielle Neubewertung der gestrigen Schlußfolgerungen bildet selbst die größte Gefahr und droht die Widersprüche, die sich in der Partei angesammelt haben, zu verschärfen.

II. Der Versuch, den Namen Lenins für unsere Debatte heranzuziehen.

Der Brief der Mitglieder des Politbüros macht den Versuch, den Namen des Genossen Lenin für die gegenwärtig strittigen Fragen heranzuziehen, wobei die Sache so dargestellt wird, als gäbe es einerseits eine Fortsetzung der Politik des Genossen Lenin und andererseits den Kampf gegen diese Politik. In vorsichtigerer und verdeckterer Form sind Versuche einer solchen Darstellung der Meinungsverschiedenheiten mehrfach unternommen worden - sowohl während der Vorbereitung zum 12. Parteitag als auch besonders danach. Gerade weil diese Versuche die Form von Anspielungen und Andeutungen hatten, war es nicht möglich, darauf zu reagieren. Und gerade darum wurden diese Andeutungen gemacht, weil sie nur mit Schweigen beantwortet werden konnten.

Die jetzige "Antwort" der Mitglieder des Politbüros, die diese Anspielungen konkreter zu formulieren versucht, zeigt eben dadurch, wie wir gleich sehen werden, deren völlige Haltlosigkeit und gibt gleichzeitig die Möglichkeit, sie klar und eindeutig zu widerlegen. Ich werde die strittigen Fragen Punkt für Punkt erörtern und dabei genaue Zitate und Verweise auf leicht der Überprüfung zugängliche Dokumente geben.

1. Eine der zentralen Fragen auf dem Gebiet der Wirtschaft war und ist die Frage nach der planvollen Leitung, d.h. der systematischen Verbindung der grundlegenden Elemente der staatlichen Wirtschaft im Rahmen des Prozesses ihrer Anpassung an den wachsenden Markt. Ich stand und stehe auf dem Standpunkt, daß eine der wichtigsten Ursachen für unsere wirtschaftlichen Krisen, insbesondere für ihre Schärfe und Destruktivität, das Fehlen einer richtigen einheitlichen Regulierung von oben ist. Es ist vollkommen richtig, daß ich in der Frage nach der Organisation der planvollen Leitung Meinungsverschiedenheiten mit dem Genossen Lenin hatte.

Die Autorität Lenins bedeutete für mich nicht weniger als für jedes andere Mitglied des ZK. Doch ich war der Meinung und bin es auch jetzt noch, daß die Partei die Mitglieder des ZK

²⁹ Gawril I. Mjasnikow, Bolschewik seit 1906, hatte im Mai 1921 in einem Brief an das ZK "Pressefreiheit von den Monarchisten bis zu den Anarchisten" gefordert, was Lenin in einem Antwortschreiben ablehnte. Mjasnikow wurde im Rahmen des Fraktionsverbots aus der RKP ausgeschlossen, nachdem er Ende 1921 mit seinen Forderungen in einer Broschüre an die Öffentlichkeit getreten war.

dazu auswählt, daß sie im ZK das, was sie in jedem Einzelfall für richtig halten, verteidigen. Wie ist denn das Problem von Genossen Lenin selbst gelöst worden? Am 2. Juli 1923 hat das Politbüro von Nadeschda Konstantinowa Krupskaja eine besondere Notiz Lenins "Über die Ausstattung der Staatlichen Plankommission (Gosplan) mit gesetzgeberischen Funktionen" erhalten, die am 27. Dezember 1922 diktiert worden war. In diesem Dokument schreibt Lenin folgendes:

»Diesen Gedanken hat Genosse Trotzki, scheint mir, schon vor langem geäußert. Ich trat dagegen auf, weil ich der Ansicht war, daß sich dann im System unserer gesetzgeberischen Institutionen eine tiefgehende Unstimmigkeit zeigen werde. Aber nach aufmerksamer Prüfung finde ich, daß der Gedanke eigentlich einen gesunden Kern hat, nämlich: die Staatliche Plankommission steht etwas abseits von unseren gesetzgeberischen Institutionen, obwohl sie als ein Gremium von Fachleuten, Experten, Vertretern der Wissenschaft und Technik im Grunde die meisten Voraussetzungen besitzt, um alle Dinge richtig zu beurteilen...

In dieser Hinsicht, denke ich, kann und muß man Genossen Trotzki entgegenkommen, nicht aber darin, daß entweder jemand aus dem Kreis unserer politischen Führer oder der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates usw. der Staatlichen Plankommission vorstehen soll.«

Und zum Schluß spricht sich Lenin dagegen aus, daß sich die Staatliche Plankommission in ihrer Arbeit nur mit einem bestimmten Auftrag beschäftigen soll, und empfiehlt statt dessen eine Struktur, in der die Mitglieder der Gosplan *»...alle Fragen, für die die Staatliche Plankommission zuständig ist, in ihrer Gesamtheit lösen können.«*

Wie man sieht, ist das Problem hier hinreichend klar und umfassend behandelt.

Die Frage, ob die Rolle des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrats mit der Rolle des Vorsitzenden der Gosplan verbunden werden soll, ist eine untergeordnete, technische Frage. Wir haben mittlerweile durch eine Resolution des ZK die Rolle des Stellvertretenden Vorsitzenden des Rates für Arbeit und Verteidigung mit der Rolle des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates verbunden. Damit ist man viel weiter gegangen, als ich es vorgeschlagen hatte. Mehr als einmal habe ich dem ZK mündlich und schriftlich gesagt, daß Verbindungen dieser Art natürlich bedingt sind und nicht den Kern der Frage ausmachen.

Der Kern ist die Notwendigkeit, einen autoritativen, kompetenten Generalstab der Wirtschaft zu schaffen, der sich mit jeder einzelnen wirtschaftlichen Frage befassen wird. Bisher, als Genosse Lenin die wirtschaftliche Arbeit leitete, war er in großem Maße sein eigener Generalstab, und die Frage nach der Rolle der Gosplan hatte nicht die entscheidende Bedeutung, die sie nach Lenins Erkrankung erlangte. Und nun, als er die Führung der Wirtschaft in ihrer Entwicklung nach seinem erzwungenen Rückzug aus der Arbeit bewertete, erklärte Lenin, daß mein grundlegender Vorschlag eine gute Idee gewesen war.

Die lange Abwesenheit des Genossen Lenin von der Führungsarbeit kann nur dadurch in gewissem Maße ausgeglichen werden, daß die Leitung der Wirtschaft organisatorisch richtig angegangen wird. Aber anstatt einen Schritt vorwärts zu machen, haben wir in dieser Sache einen Schritt zurück gemacht. Wirtschaftliche Fragen werden mehr denn je zuvor überstürzt und durch Improvisation entschieden, und nicht durch systematische Führung.³⁰

³⁰ Wie wir bereits gesehen haben, räumte Genosse Lenin zwei Wochen später (27. Dezember) ein, daß die Staatliche Plankommission exekutive Vollmachten benötigte, und ging damit viel weiter, als meine Vorschläge gereicht hatten.

2. Die andere wirtschaftliche Frage, in der es im Plenum des ZK kurz vor dem 12. Parteitag Meinungsverschiedenheiten gab, an denen Lenin beteiligt war, betraf das Außenhandelsmonopol, d.h. die Frage, die ich auf dem 12. Parteitag - ohne Einwand von irgend jemandes Seite - als einen der Grundpfeiler der sozialistischen Diktatur unter den Bedingungen kapitalistischer Umzingelung bezeichnete.

In dieser Frage habe ich einen ziemlich ausführlichen Briefwechsel mit Lenin. Ich zitiere hier in voller Länge nur den Brief Lenins vom 13. Dezember 1922. Dieser beleuchtet klar, wie er an die Frage heringang:

"Genosse Trotzki:

Ich habe Ihre Kommentare zu Krestinskis Brief und Awanessows Plan erhalten. Ich glaube, daß wir völlig übereinstimmen und die Frage, ob die Staatliche Plankommission gesetzgeberische Funktionen haben soll, jetzt ausklammern (oder verschieben) können.

Auf jeden Fall bitte ich Sie, auf dem kommenden Plenum die Verteidigung unseres gemeinsamen Standpunktes über die unbedingte Notwendigkeit der Aufrechterhaltung und Festigung des Außenhandelsmonopols zu übernehmen. Da das Plenum diesbezüglich einen Beschluß gefaßt hat, der sich gänzlich gegen das Außenhandelsmonopol richtet, und da es in dieser Frage keine Zugeständnisse geben kann, glaube ich, wie bereits in meinem Brief an Frumkin und Stomonjakow gesagt, daß wir im Falle unserer Niederlage in dieser Frage die Angelegenheit auf den Parteikongreß bringen müssen. Dazu brauchen wir eine kurze Darstellung unserer Meinungsverschiedenheiten vor der Parteifraktion auf dem kommenden Sowjetkongreß. Falls ich dazu komme, werde ich sie schreiben und würde mich sehr freuen, wenn Sie dasselbe täten. Jedes Zögern in dieser Frage wird uns unermeßlichen Schaden zufügen und die Gegenargumente laufen nur auf das Wehklagen über die Mängel des Apparates hinaus. Aber unser Apparat ist überall nicht perfekt und das Monopol wegen der Unzulänglichkeiten des Apparates aufheben, hieße das Kind mit dem Bade ausschütten.

13.Dezember 1922

Lenin«

In einer der wichtigsten Fragen unserer Wirtschaftspolitik forderte Lenin also, daß ich, falls das Plenum seine offensichtlich falsche Resolution nicht zurücknehmen werde, offen sprechen und die Meinungsverschiedenheiten vor die Fraktion des Sowjetkongresses bringen sollte. Dies zeigt erstens recht deutlich, welche Bedeutung Genosse Lenin dem Fehler des Plenums beimaß, und zweitens, daß er in dem gegebenen Fall den Inhalt höher bewertete als die Form, denn man sollte wohl meinen, daß er die Bedeutung der formalen Disziplin kannte.

3. Die wichtigste Meinungsverschiedenheit des vergangenen Jahres, an der Lenin beteiligt war, betraf die nationale Frage. Auch hier liegen alle Fakten und Dokumente vor. Welche Bedeutung Lenin der nationalen Frage und Fehlern bei diesem Problem beimaß, zeigt sich deutlich anhand seines Briefes (vom 30. Dezember 1922), der mit den Worten beginnt: *»Es scheint, ich habe mich vor den Arbeitern Rußlands sehr schuldig gemacht, weil ich mich nicht mit genügender Energie und Schärfe ... eingemischt habe«*. Nachdem er von jemand anderem erfahren hatte, welchen Standpunkt ich zur nationalen Frage auf dem Plenum des ZK vertreten hatte, schickte mir Lenin folgende Notiz:

»Streng geheim

Persönlich

Lieber Genosse Trotzki:

Es ist meine dringende Bitte, daß Sie die Verteidigung der georgischen Sache im ZK der Partei übernehmen. Die Angelegenheit steht jetzt unter der 'Verfolgung' von Stalin und Dserschinski und ich kann mich nicht auf deren Unparteilichkeit verlassen. Wenn Sie bereit wären, die Verteidigung zu übernehmen, könnte ich beruhigt sein. Sollten Sie aus irgendeinem Grund nicht einwilligen, so schicken sie mir das gesamte Material zurück. Ich werde dies als ein Zeichen Ihrer Ablehnung betrachten.

Mit besten Genossengrüßen Lenin

aufgezeichnet am 5. März 1923 von M.W.»³¹

Als ich Genossen Lenin durch seine Sekretärin (Genosse Lenin war damals sehr krank und durfte sich nicht mit Einzelnen treffen) vorschlug, diese seine Notiz und seinen Brief vom 30. Dezember, den er mir vertraulich überstellt hatte, den Mitgliedern des Politbüros zu zeigen, um einen möglichst schmerzlosen Kurswechsel in der nationalen Frage zu ermöglichen, weigerte sich Lenin formell, mir dies zu gestatten. Er sagte, was ich dann auf einer Sitzung des Präsidiums des 12. Parteitags berichten mußte: *»Auf keinen Fall«,* antwortete mir W.I. [Lenin] über seine Sekretärin. *»Er (dies bezieht sich auf Genossen Kamenew, der nach Georgien geschickt wurde) wird Stalin alles verraten, und Stalin wird nach einem faulen Kompromiß greifen und Sie dann betrügen.«*

Ich kann nicht umhin, hier festzustellen, daß Genosse Lenins Brief, der, wie der Älterenrat³² auf dem 12. Parteitag sagte, offensichtlich veröffentlicht werden sollte (vielleicht hätte man nur, wie andere vorschlugen, die allzu scharfen persönlichen Aspekte auslassen sollen), bis heute nicht veröffentlicht worden ist.³³

4. Eines der zentralen Probleme auf dem 12. Parteitag war die von Lenin aufgeworfene Frage der Reorganisation des Rabkrin [Arbeiter- und Bauerninspektion] und der Zentralen Kontrollkommission. Es ist bemerkenswert, daß sogar diese Frage als Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und Lenin dargestellt wurde und dargestellt wird, obwohl diese Frage, ähnlich der nationalen, eine ganz anderes Licht auf die Gruppierungen im Politbüro wirft. Es ist völlig richtig, daß ich zum alten Rabkrin eine sehr negative Haltung hatte. Doch hat Lenin in seinem Artikel "Lieber weniger, aber besser" eine derart vernichtende Einschätzung des Rabkrin gegeben, wie ich sie niemals zu geben gewagt hätte:

»Das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion genießt gegenwärtig nicht die geringste Autorität. Jedermann weiß, daß es keine schlechter organisierten Institutionen als die unserer Arbeiter- und Bauerninspektion gibt und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von diesem Volkskommissariat rein gar nichts zu erwarten ist.«

Wenn man daran denkt, wer am längsten an der Spitze des Rabkrin³⁴ stand, dann ist es nicht schwer zu verstehen, gegen wen diese Charakteristik ebenso wie auch der Artikel zur nationalen Frage gerichtet ist.

Wie hat sich jedoch das Politbüro zu dem von Lenin vorgeschlagenen Plan der Reorganisation des Rabkrin verhalten? Genosse Bucharin konnte sich nicht entschließen, den

³¹ Trotzki zitiert den Text von Lenins Brief nach einer maschinengeschriebenen Abschrift in seinem Besitz, die von Lenins Sekretärin verifiziert worden war. In einer anderen Fassung, die dem Adressaten am 5. März 1923 über das Telefon vorgelesen worden war, folgt den Worten *»ich kann mich nicht auf deren Unparteilichkeit verlassen«* noch die Ergänzung: *»Sogar im Gegenteil.«*

³² Der Älterenrat war zwei Tage vor der Eröffnung des 12. Parteitages auf einen Beschluß des ZK-Plenums vom April 1923 hin geschaffen worden.

³³ Lenins Brief ist in der UdSSR erst 1956 veröffentlicht worden.

³⁴ Von März 1919 bis April 1922 war Stalin der Volkskommissar erst für staatliche Kontrolle und dann der Arbeiter- und Bauerninspektion (Rabkrin).

Artikel Lenins zu drucken, während letzterer seinerseits auf dem unverzüglichen Abdruck bestand. N.K. Krupskaja informierte mich telefonisch über diesen Artikel und bat um mein Eingreifen mit dem Ziel, den Artikel so schnell wie möglich erscheinen zu lassen.³⁵

Auf der auf meinen Vorschlag hin unverzüglich einberufenen Sitzung des Politbüros waren alle Anwesenden - Stalin, Molotow, Kuibyschew, Rykow, Kalinin, Bucharin - nicht nur gegen den Plan Lenins, sondern auch gegen den Abdruck des Artikels. Besonders scharf und kategorisch äußerten sich die Mitglieder des Sekretariats. Angesichts der hartnäckigen Forderungen Lenins, man möge ihm den Artikel abgedruckt zeigen, schlug Genosse Kuibyschew, der künftige Volkskommissar des Rabkrin, auf der genannten Politbürositzung vor, eine besondere Nummer der 'Prawda' mit dem Artikel Lenins in einem Exemplar zu drucken, um ihn zu beruhigen, gleichzeitig aber den Artikel vor der Partei zu verheimlichen.

Ich versuchte zu beweisen, daß die von Genossen Lenin vorgeschlagene radikale Reform selbstredend unter der Voraussetzung ihrer richtigen Verwirklichung - an sich progressiv war, daß es aber selbst im Falle einer negativen Bewertung seines Vorschlags lächerlich und absurd wäre, die Partei gegen Genosse Lenins Vorschläge abzuschirmen. Man antwortete mir mit Argumenten im Geiste desselben alten Formalismus: »Wir im ZK tragen die Verantwortung, wir entscheiden.«

Unterstützt wurde ich nur von Genossen Kamenew, der mit beinahe einer Stunde Verspätung auf der Sitzung des Politbüros eintraf. Das Hauptargument für den Abdruck des Artikels war die Tatsache, daß man trotz allem Lenins Artikel nicht vor der Partei verbergen darf. Später wurde der Brief in den Händen derjenigen, die ihn nicht drucken wollten, so behandelt, als ob er ein besonderes Banner sei, das... gegen mich erhoben werden könne. Genosse Kuibyschew, ein früheres Mitglied des Sekretariats, wurde an die Spitze der ZKK gestellt. Anstelle des Kampfes gegen den Plan Lenins zur Reorganisation des Rabkrin wurde beschlossen, diesen Plan zu "entschärfen". Hat die ZKK hierbei den Charakter einer unabhängigen und unvoreingenommenen Parteiinstitution bewahrt, die die Grundlagen von Parteirecht und -einheit gegen allerlei administrative Auswüchse in der Partei verteidigt und stärkt? Ich werde in die Erörterung dieser Frage hier nicht eintreten, weil ich meine, daß die Frage ohnehin klar ist.

5. So also sehen die lehrreichsten Episoden der letzten Zeit in meinem "Kampf" gegen die Politik des Genossen Lenin aus. Ist es nicht auffallend, daß die "Antwort" der Mitglieder des Politbüros diese überaus klaren und unbestreitbaren Tatsachen aus dem vergangenen Jahr übergeht und sich bemüßigt sieht, Genosse Lenins Vorschlag von 1921 (!) zu bemühen, mich als "Bevollmächtigten des Narkomprod [Volkskommissariat für Ernährungswesen]" in die Ukraine zu entsenden? Diese Tatsache wird allerdings falsch dargestellt und tendenziös ausgelegt. Genosse Lenin fürchtete im Herbst 1921, daß die Ukrainer nicht energisch genug die Naturalsteuern eintrieben (was damals eine sehr schwerwiegende Frage war) und schlug vor, mich (im Auftrag nicht des Narkomprod, sondern des ZK) zu entsenden, um den entsprechenden "Druck" auszuüben.

³⁵ Als dieser Artikel am 25. Januar 1923 erstmals in der Prawda erschien, wurden die im folgenden fett hervorgehobenen Worte weggelassen (dasselbe gilt für den Text in Lenins "Gesammelten Werken", Bd. 33, S. 472) *»...die Mitglieder der ZKK, von denen eine bestimmte Anzahl verpflichtet ist, in jeder Sitzung des Politbüros anwesend zu sein, müssen eine geschlossene Gruppe bilden, die 'ohne Ansehen der Person' darüber zu wachen haben wird, daß niemandes Autorität, auch nicht die des Generalsekretärs oder irgend eines anderen Mitglieds des ZK, sie daran hindern könne, Anfragen einzubringen, Dokumente zu überprüfen und überhaupt unbedingte Informiertheit und strengste Korrektheit in allen Angelegenheiten zu erreichen.«*

Während der ersten drei bis vier Jahre unternahm ich mehrere solcher Reisen; nicht nur an die Front, sondern auch in den Donbass, in den Ural (zweimal) und nach Petrograd. Keine dieser Reisen hatte irgend etwas mit den internen Meinungsverschiedenheiten im Politbüro zu tun, sondern sie waren eine Reaktion auf unaufschiebbare geschäftliche Angelegenheiten. Da mich eine frühere Reise in die Ukraine zu der Überzeugung gebracht hatte, daß die ukrainischen Genossen selbst das Notwendige veranlassen würden, hielt ich meine Reise für unnötig. Die Meinungsverschiedenheit hatte einen rein praktischen Charakter. Dann schlug ich vor, daß ich, um eine Beeinträchtigung unserer Beziehungen zu verhindern, vorübergehend (für vier bis sechs Wochen) zum Volkskommissar für Ernährungswesen der Ukraine ernannt würde. Auch dies wurde angenommen (natürlich ohne mich von anderen Verpflichtungen zu entbinden).

Aber am nächsten Tag, nachdem er weitere beruhigende Informationen aus Charkow erhalten hatte, kam Lenin zu mir ins Kriegskommissariat und schlug vor, den gestrigen Beschluß aufzuheben. Ich stimmte natürlich freudig zu, denn ich hielt die verabschiedete Resolution für fruchtlos.³⁶

Diese ganze unbedeutende Episode hat also nichts mit den Problemen zu tun, die der Partei jetzt zu schaffen machen. Die Tatsache, daß diese belanglose und längst vergessene Episode angeführt wird, ist ein außerordentlich klares Anzeichen dafür, daß es keine überzeugenderen Tatsachen oder besseres Material gibt, um die Legende über meine angeblich "antileninistische" Linie zu untermauern. Es gibt sie nicht und kann sie auch nicht geben. Denn eine böswillige Legende bleibt, wie eifrig sie auch genährt wird, doch immer eine Legende.

III. Die "Unterschätzung" der Bauernschaft

Zu den unglaublichsten "Anschuldigungen", die mehrere Male im Vorübergehen oder hinter meinem Rücken erhoben wurde, nun aber offen formuliert wird, zählt meine angebliche "Unterschätzung" der Rolle der Bauernschaft in unserer Revolution. Die Autoren des Briefes unternehmen nicht den geringsten Versuch, diese Behauptung zu beweisen, denn Beweise gibt es dafür nicht. Es wäre fehl am Platze, an dieser Stelle die Meinungsverschiedenheiten über die Einschätzung der inneren Kräfte der Revolution in der Epoche, sagen wir, von 1905-1914 darzulegen. Seither haben wir alle zu viel gelernt, um die heutigen Einschätzungen in rein formaler Weise von den Meinungsverschiedenheiten jener Tage abzuleiten.

Ich habe meine wichtigsten Werke auf diesem Gebiet schon längst veröffentlicht ("Ergebnisse und Perspektiven" und "Unsere Meinungsverschiedenheiten")

Was an meinen damaligen Ansichten falsch war, habe ich schon vor langer Zeit eingestanden und aufgezeigt, sowohl in Worten als auch in Taten. Wie dem auch sei, meine alten Ansichten hinderten mich nicht, sondern halfen mir sogar dabei, Genosse Lenins "Aprilthesen" (1917) zu akzeptieren, vor denen so viele, die sich "Leninisten" nannten, zurückschreckten. Und was noch wichtiger ist, sie hinderten mich nicht daran, Seite an Seite mit Lenin durch die Vor-Oktober-Periode und dann durch die Oktoberrevolution zu gehen. Wenn eine Analyse der Kräfte und Einschätzung der Klassen jemals einer höchsten Probe

³⁶ Die Dokumente des Zentralen Parteiarchivs in Moskau ergeben folgendes Bild von dieser Episode: Eine Sitzung des Politbüros am 16. Juli 1921 besprach Lenins Vorschlags, Trotzki zum Volkskommissar für Ernährungswesen der Ukraine zu ernennen. Der Vorschlag wurde angenommen, angesichts von Trotzkis Protest kam das Politbüro allerdings überein, die Verwirklichung dieses Beschlusses bis zum Plenum des ZK der RKP (B) zu verschieben. Das Plenum des ZK, das am 9. August 1921 zusammentrat, setzte die Resolution des Politbüros außer Kraft und beschloß, daß »Genosse Trotzki im Hinblick auf die Verschärfung der internationalen Lage der militärischen Arbeit mehr Aufmerksamkeit widmen wird«.

unterzogen wird, dann gerade während der Epoche einer großen Revolution. Aus diesem Grund hielt ich es nicht für notwendig - zumindest im Rahmen dieses Briefes - zur Vor-Oktober-Periode zurückzukehren.

Wo also finden wir nach dem Oktober einen Ausdruck meiner "Unterschätzung" der Bauernschaft? Während der ersten drei Jahre nach der Revolution war ich beinahe ausschließlich damit beschäftigt, mit Hilfe der fortgeschrittenen Arbeiter Bauernabteilungen zu schaffen. Diese Arbeit allein wäre mehr als ausreichend, um jeden zu zwingen, die Rolle der Bauernschaft und die Beziehung zwischen den wichtigsten Klassen in unserer Revolution zu verstehen. Gerade meine militärische Erfahrung zwang mich, in Bezug auf alles, was die Bauernschaft betraf, immer sehr aufmerksam zu sein. Um dies zu beweisen - wenn es überhaupt eines Beweises bedarf - werde ich einige Tatsachen unterschiedlicher Bedeutung anführen, die aber hinsichtlich der gegebenen Frage gleich überzeugend sind.

a) Nach J.M. Swerdlows Tod, als Genosse Lenin den Gedanken vortrug, Genossen Kamenew zum Vorsitzenden des WZIK [Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees] zu machen, trat ich dafür ein, diesen Posten mit einer Persönlichkeit zu besetzen, die die Bauernschaft anziehen könne. Als Genosse Lenin, gefolgt vom Politbüro, diesem Plan zustimmte, schlug ich Genossen Kalinin vor.

b) Im März 1919 verteidigte ich in einem Bericht an das ZK die Notwendigkeit, unseren Kurs auf den Mittelbauern in prinzipieller Weise festzulegen; ich wandte mich gegen die nachlässige oder oberflächliche Haltung, die man innerhalb der Partei zu dieser Frage immer noch feststellen konnte. In dem Bericht, der direkt von einer Diskussion inspiriert war, die ich mit der Organisation Sengilejewski³⁷ geführt hatte, schrieb ich: *»Die vorübergehende, wenn auch vielleicht länger andauernde Lage ist allerdings eine viel tiefer gehende soziale und wirtschaftliche Realität, denn selbst im Falle einer siegreichen proletarischen Revolution im Westen werden wir bei unserem sozialistischem Aufbau in sehr großem Maße von dem Mittelbauern ausgehen und ihn in die sozialistische Wirtschaft einbeziehen müssen.«*

c) unter dem Einfluß der Stimmungen in der Armee und aufgrund von Erfahrungen während eines wirtschaftlichen Besuchs im Ural schrieb ich im Februar 1920 an das ZK: *»Die gegenwärtige Politik, die Requirierung nach Produktionsnormen gleichzuschalten, bei der Getreideablieferung kollektive Garantien zu geben und die Industrieprodukte gleichmäßig zu verteilen, führt zu einer Senkung des Niveaus der Landwirtschaft, zur Atomisierung des Industrieproletariats, und droht das wirtschaftliche Leben unseres Landes völlig zu unterhöheln.«*

Als grundlegende praktische Maßnahme schlug ich vor: *»Ersetzung der Requirierung der Überschüsse durch Abzüge in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes (wie eine progressive Naturalsteuer), der so berechnet wird, daß es immer noch von Vorteil ist, mehr Land zu pflügen oder den Boden besser zu bebauen.«*

Man kann natürlich sagen, daß dieser Vorschlag im Jahr 1920 verfrüht war, jedenfalls aber kann man ihn nicht als unzureichende Aufmerksamkeit für die Rolle und Bedeutung der Bauernschaft interpretieren.

d) Der Kern der Diskussionen, die vor dem Parteitag im ZK über die Frage der Smyschka³⁸ stattfanden, bestand in der Tatsache, daß ich in voller Übereinstimmung mit dem

³⁷ Diese Organisation war Teil der Parteiorganisation im Distrikt Simbirsk. Im Frühjahr 1919 gab es Unzufriedenheit und Unruhen unter den Bauern entlang der Wolga.

³⁸ "Smyschka", das russische Wort für "Bündnis", bezeichnet in der politischen Terminologie allgemein das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, das die Grundlage für die Oktoberrevolution dargestellt hatte.

Grundgedanken von Genosse Lenins Hauptrede auf dem 11. Parteitag aufzeigte, daß die Smyschka nun im wesentlichen zu einem Problem des Verhältnisses zwischen den Preisen geworden war (die Schere), und daß der Schlüssel zu dieser Smyschka nicht in Agitationsformeln und nicht in politischen Ablenkungen bestand, sondern in der Senkung der Preise der staatlichen Produktion mittels einer richtigen Organisation. Selbst wenn dieser Gedanke falsch wäre, so enthielte er doch keine "Unterschätzung" der Bauernschaft. Aber der Gedanke erwies sich als vollkommen richtig. Wir sind jetzt mit aller Gewalt auf das Problem der Preise gestoßen.

e) Auf dem 12. Parteitag bestätigte Genosse Kamenew, daß mir die Initiative zugestanden hat, das Problem des richtigen Erwerbs und Exports von Getreide zur Sprache zu bringen. Diese Tatsache kann problemlos mit den entsprechenden Dokumenten bewiesen werden. Ich wische daher die unbegründeten und eindeutig weit hergeholtten Behauptungen über meine irgendwie falsche Linie zur Bauernschaft beiseite. Sie sind eine künstlich geschaffene Legende, um die Barrieren zu rechtfertigen, die innerhalb der Partei errichtet worden sind.

Partei und Staat

Eine ebenso unbegründete Erfindung ist die Anschuldigung, daß ich angeblich die Abhängigkeit des Staatsapparats von der Partei zu schwächen versuche. In Wirklichkeit waren all meine Bemühungen darauf ausgerichtet, die reale, wahrhafte und tatsächliche Führung der Partei, und nicht einfach ihr episodisches Eingreifen von Zeit zu Zeit, in allen Grundfragen sicherzustellen. Um dies zu untermauern, möchte ich an dieser Stelle einen Auszug (einen von vielen) meines Briefes an die Mitglieder des ZK vom 22. März dieses Jahres anführen:

»1. Die Charakterisierung unseres Staatsapparates als uneinheitlich in der sozialen Zusammensetzung, im Innersten instabil und äußerst empfänglich für feindliche Einflüsse. Dies bildet unter den Bedingungen der NEP eine große Gefahr.

2. Der Staatsapparat hat sich während dieser fünf Jahre in seinen gegenwärtigen Zustand gewandelt, obwohl sich die Parteiorganisationen, Gruppen und Zellen während der gesamten vergangenen Epoche um die direkte Leitung der Regierungsarbeit bemühten. Der Grund hierfür liegt in den vorwiegend primitiven und episodenhaften Methoden und Mitteln, mit denen die Partei den Apparat beeinflusst. Wir brauchen in dieser Hinsicht eine radikale Änderung. Diese Änderung muß in der Arbeit des ZK und seines Politbüros beginnen.

3. Das Politbüro muß mit seinen Abteilungen die grundlegenden Probleme ihrer Arbeit in einer geplanten Weise angehen, d.h. ihre Aktivitäten langfristig festlegen und im Zusammenhang damit einen Kernbestand von Personal schaffen.

4. Das Politbüro muß die Berichte und Abrechnungen seiner Abteilungen regelmäßig überprüfen und feststellen, ob sie das Programm tatsächlich verwirklicht haben.

5. Durch ständigen Druck und Überprüfung muß das Politbüro geplante Methoden der Umsetzung und Ausbildung seines Personals in allen Abteilungen durchsetzen. Das Politbüro muß davon Abstand nehmen, sich mit den unzähligen Streitigkeiten in und zwischen den Abteilungen oder mit Geldanforderungen zu befassen; diese Arbeit muß Sowjetagenturen übertragen werden.

6. Das Politbüro und das Orgbüro [Organisationsbüro] müssen dem jetzt vorherrschenden System eine Absage erteilen, in dem die Führung und Aufgabenerteilung der Partei durch Kleinlichkeit und Einschüchterung von Seiten der Sekretäre ersetzt wird.«

Ich kann diesem Auszug, der die absurde Legende recht überzeugend widerlegt, heute nichts weiter Bedeutendes hinzufügen. Nach dem 12. Parteitag wollte das Politbüro offensichtlich

den Versuch unternehmen, den von mir vorgeschlagenen Kurs zu verwirklichen. Es verabschiedete eine besondere Resolution zur Planung der Arbeit des Politbüros. Aber diese Resolution wurde nie in die Tat umgesetzt. Ein Regime des Chaos bei der Lösung von Problemen wird nach wie vor für die Diktatur der Partei gehalten. Der Wunsch, in die Methoden und Formen der Parteidiktatur einen Plan oder ein System hineinzubringen, wird als Erschütterung der Grundlagen eben dieser Diktatur verurteilt.

Die Leitung der Planung

Wir haben oben bereits gesehen, wie Genosse Lenin in seiner Notiz zur Gosplan [staatlichen Plankommission] die Frage der Wirtschaftsleitung aufgeworfen hat. Die Autoren des Briefes wiederholen mehrmals, daß im Bereich der Wirtschaft rasche Erfolge undenkbar sind, daß wir uns nicht überstürzen und nicht nervös werden dürfen, usw. All diese Überlegungen haben allerdings überhaupt nichts zu bedeuten, wenn man sich die Tatsache vor Augen führt, daß wir jetzt in einer tiefen Krise stecken, deren Hauptursache sowohl meiner Einschätzung als auch den Aussagen der wichtigsten Wirtschaftsspezialisten nach unter anderem in der fehlenden Koordinierung zwischen den Grundbestandteilen unserer Wirtschaft, vor allem zwischen den Finanzen auf der einen Seite und Industrie und Handel auf der anderen Seite liegt.

Wenn es wahr ist, daß schnelle Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet unmöglich sind, dann ist genauso wahr, daß in Abwesenheit von Umsicht und zielgerichteter Planung rasche Fehlschläge, Krisen, Engpässe und einzelne Katastrophen durchaus möglich sind. Ich habe in meinem Brief bereits die kürzliche Erklärung der Genossen Rykow und Pjatakow zitiert, die lautet: *»Einige Entscheidungen des Politbüros veranlassen uns, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß sich die Leitung der uns anvertrauten staatlichen Industrie unter den sich entwickelnden Verhältnissen äußerst schwierig gestaltet.«* Genosse Rykows Unterschrift unter der "Antwort" schwächt die Bedeutung seiner Unterschrift unter die zitierten Worte nicht ab, sondern unterstreicht sie im Gegenteil. Genosse Pjatakow, Mitglied des ZK, der auf Anweisung des Politbüros erst in der Gosplan arbeitete und dann dem Obersten Rat der Volkswirtschaft vorstand, unterzeichnete eine Notiz, in der das Fehlen einer geplanten Wirtschaftsleitung als eine der wichtigsten Ursachen für unsere Krise und Zusammenbrüche genannt wird.

Am 11. Oktober unterzeichneten die Vertreter der wichtigsten Großbetriebe eine Notiz, deren wichtigste Schlußfolgerung lautet: »Notwendig ist eine Koordinierung der Arbeit der verschiedenen Regierungseinrichtungen, die die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Industrie vorgeben und einen gewaltigen, manchmal überwältigenden Einfluß auf die Preise ihrer Produkte haben und außerdem ihre eigenständige Politik und "Kostenberechnung" durchführen, ohne über die Warenzirkulation und den Handel im Lande vollständig orientiert zu sein.« In einem Brief vom 14. Oktober erklärt einer der einflußreichsten Führer der Industrie, Genosse Bogdanow: »Die Art von Vorfällen, die sich jetzt ereignen, da die von der Staatsbank im Juli verhängte Kreditbeschränkung der Industrie absolut nicht bekannt war, sind unzulässig und werden nur zu Panik und zu Marktstörungen führen.«

Die Anzahl solcher absolut unbestreitbarer Beispiele könnte endlos vervielfacht werden. Und all dies hat sich in den sieben Monaten seit dem 12. Parteitag ereignet. Die Abwesenheit jeder wirklichen Planungsleitung, die unweigerlich zu Improvisation und zufälligen Entscheidungen führt, ist das Hauptübel. Angesichts dieser völlig unbestreitbaren Tatsache erklärt unterdessen die "Antwort" des Politbüros, daß alles Gerede über eine "steuernde Regulierung der Planung" keinen wirklichen Inhalt habe, aus "Phrasen" (!) bestehe und es nur verdiene, der "Lächerlichkeit" (!) preisgegeben zu werden.

Ich muß hier feststellen, daß die Autoren des Briefes die Resolutionen des 12. Parteitags aus ihrem Gedächtnis streichen. Darin heißt es wortwörtlich: *»Die Planung unter der NEP unterscheidet sich in ihrem Umfang nur unwesentlich von der Planung unter dem Kriegskommunismus. Aber in ihren Methoden unterscheidet sie sich ganz grundlegend. Die Verwaltung durch zentrale Führungsgremien wird durch wirtschaftliche Steuerung ersetzt.«* Mit meinem Hinweis auf die Notwendigkeit einer geplanten, steuernden Regulierung wiederhole ich also nur den Text der Resolution des Parteitages. Und Resolutionen des Parteitages sollten nicht der "Lächerlichkeit" preisgegeben, sondern durchgeführt werden. Dieselbe Resolution des Parteitags fährt fort: *»Die Gosplan muß einen bestimmteren Status, eine festere Organisation, klarere und unbestreitbare Rechte und vor allem Verpflichtungen erhalten. Es muß als unerschütterliches Prinzip festgelegt werden, daß keine einzige Wirtschaftsfrage des Staates in den oberen Organen der Republik ohne Beteiligung der Gosplan entschieden wird.«* Ist das geschehen? Nicht im mindesten.

Und schließlich: »Wir müssen«, stellte der 12. Parteitag fest, »die Schaffung jeglicher vorübergehender und zufälliger Kommissionen zur Untersuchung, Leitung, Überprüfung, Vorbereitung etc., die den größten Mangel unserer staatlichen Arbeit darstellen, vermittels der Gosplan bekämpfen. Wir müssen eine korrekte Arbeit durch die normalen, ständigen Organe gewährleisten. Nur so wird es möglich sein, diese Organe zu verbessern und ihnen die erforderliche Flexibilität zu verleihen, indem sie aufgrund ständiger Erfahrung gänzlich ihren Aufgaben entsprechend gestaltet werden.«

Dieses letzte Zitat aus der Resolution des 12. Parteitags ist besonders klar und überzeugend angesichts jüngster Informationen, insbesondere über die Schaffung einer Reihe von Sonderkommissionen zu Löhnen, Preisen usw. *»Der Kampf für die Senkung der Preise hat bereits begonnen«,* heißt es in dem Brief der Politbüromitglieder, als befaße er sich mit irgend einer unabhängigen und isolierten Aufgabe. Die Preise sind ein Ergebnis unserer gesamten Wirtschaftsarbeit, einschließlich ihrer geplanten, steuernden Regulierung. Allein die Tatsache, daß eine Sonderkommission zur Senkung der Preise gebildet wird, beweist die fehlerhafte Arbeit der normalen Organe und bildet, laut dem 12. Parteitag, *»den größten Mangel unserer staatlichen Arbeit.«*

Wir müssen um jeden Preis die Resolution des 12. Parteitags zur Gosplan erfüllen. Wir müssen sie zum Generalstab der Wirtschaft machen. Wir müssen die Rechte der Gosplan entsprechend den oben zitierten Vorschlägen des Genossen Lenin sicherstellen.

Fragen der Außenpolitik

1. Die "Antwort" stellt den Verlauf der diplomatischen Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Curzon-Ultimatum von Grund auf falsch dar.³⁹ Der Verfasser des Briefes verließ sich hier offensichtlich auf sein Gedächtnis, und keiner der Unterzeichner überprüfte die Dokumente. Ich müßte diesen Brief mit Verweisen und Zitaten überfrachten, um die offensichtlich irrtümlichen Behauptungen zurechtzubiegen, die in nur wenigen Zeilen der "Antwort" zusammengetragen worden sind. Ich bin bereit, dies gegebenenfalls zu tun, wo und wann immer es angebracht ist. An dieser Stelle werde ich mich auf die Bemerkung

³⁹ AdÜ: Dies bezieht sich auf ein Memorandum der britischen Regierung, das von dem damaligen Außenminister G.N. Curzon verfaßt worden war. Es wurde der Sowjetregierung am 8. Mai 1923 übergeben und enthielt folgende Forderungen: Rückruf der Sowjetdiplomaten aus dem Iran und Afghanistan und Entschuldigung für ihr angebliches Fehlverhalten gegenüber dem britischen Empire, Reduzierung der sowjetischen Sicherheitszone entlang dem Nordufer der Kolski-Halbinsel auf drei Meilen, und anderes mehr. Die britische Regierung drohte, das anglo-sowjetische Handelsabkommen von 1921 außer Kraft zu setzen. Die Sowjetregierung wies in ihrer Antwort am 11. Mai 1923 diese Forderungen zurück, erklärte sich aber gleichzeitig zur Erfüllung einiger zweitrangiger Wünsche der Briten bereit. Im Juni 1923 erklärten beide Seiten, daß sie den Konflikt für beendet erachteten.

beschränken, daß von den vier Notizen im Zusammenhang mit dem Ultimatum die erste von Genossen Litwinow und mir verfaßt wurde, die zweite von mir, die dritte von Genossen Tschitscherin und die vierte von mir.

2. Unsere Politik im Hinblick auf Polen bedarf nun wirklich keines Kommentars. Die Verlagerung der Politik, auf der ich vor einem Monat beharrt habe, ist im wesentlichen durchgeführt worden. Die Beziehungen mit Polen sind endlich auf die Ebene nicht dritt- oder zehnrangiger formaler Fragen, sondern von Verhandlungen über Transitrechte und militärische Nichteinmischung gehoben worden. Das ist die einzig richtige, realistische, geschäftsmäßige Herangehensweise an die Frage, mit der man gewisse, vielleicht sogar erhebliche praktische Resultate erzielen und uns gleichzeitig vor den Volksmassen unseres eigenen Landes eine klare Position verschaffen kann. Für die gegebene Periode hat sich diese Frage daher erschöpft.

Ich weiß absolut nicht, weshalb und aus welchem Grund das Politbüro nebenbei beschlossen hat, Genossen Tschitscherin vor meinen angeblich "unangemessenen" Angriffen in Schutz zu nehmen. Ich habe diesen oder jenen seiner Vorschläge kritisiert, wie auch die Politik der Mehrheit des Politbüros, insoweit ich sie für falsch hielt. Es gibt keine "unangemessenen" Angriffe und hat sie auch nicht gegeben.

Zur deutschen Revolution

Die Meinungsverschiedenheiten über das Problem der deutschen Revolution werden unzutreffend und einseitig dargestellt. Ich denke, daß diese Meinungsverschiedenheiten im wesentlichen durch die Resolutionen, die nach einem sehr ernsten und sehr harten Kampf verabschiedet wurden, und dann durch die praktischen Resolutionen bereinigt worden sind. Die Auseinandersetzung drehte sich um drei Fragen:

1. ob die Festlegung eines Termins von Bedeutung ist oder nicht; 2. Deputiertenrat [Sowjet] versus Betriebsräte; 3. die Beziehungen zwischen dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Berliner Position. Wir verabschiedeten eine Resolution, in der wir (nach einem ernsten internen Kampf) darauf aufmerksam machten, daß die größte Gefahr für die deutsche Revolution in einer nicht genügend entschlossenen Orientierung der bestimmenden Kreise der deutschen Partei auf einen bewaffneten Aufstands liege, der seinerseits einen Plan und eine Frist voraussetze. Es genügt, sich unsere eigene Erfahrung vor dem Oktober in Erinnerung zu rufen, um zu verstehen, wie notwendig hier eine klare und genau definierte Position ist. Das Wesen der Meinungsverschiedenheiten ist in meinem Artikel über die "Festlegung eines Termins" zusammengefaßt, der in der 'Prawda' abgedruckt wurde.⁴⁰

Als ich die Resolution einbrachte, bekämpfte ich nach Kräften die pseudo-marxistische Weisheit, wonach "eine Revolution" (in Wirklichkeit die Machteroberung) nicht auf einen bestimmten Termin festgelegt werden könne, etc. Ohne eine klare und genaue Diskussion über diese Frage stünden wir vor der großen Gefahr, daß die Ereignisse in Deutschland denselben Verlauf nehmen würden wie in Bulgarien. Nach allen Informationen, insbesondere nach den Berichten von Genossen Miljutin, dem offiziellen Vertreter der Komintern, verloren wir die Revolution in Bulgarien eben deshalb, weil wir den Aufstand nicht, wie erforderlich, als eine Kunst betrachteten.⁴¹

⁴⁰ AdÜ: Trotzki's Artikel "Kann man eine Konterrevolution oder eine Revolution auf einen bestimmten Termin festlegen?" war am 23. September 1923 in der Prawda erschienen.

⁴¹ AdÜ: Dies bezieht sich auf den Aufstand gegen die monarchistisch-faschistische Regierung. Die Aufständischen eroberten eine Reihe von Städten und riefen dort die Arbeiter- und Bauernmacht aus. Sie wurden brutal niedergeschlagen.

Wir treten nun in eine Periode größter militärischer und revolutionärer Erschütterungen ein, und die Frage des Aufstands erhebt sich in aller Konkretheit als eine der wichtigsten Fragen kommunistischer Politik. Hinsichtlich der zweiten Frage wurde der Versuch gemacht, die deutsche Partei zur Schaffung eines Deputiertenrats [Sowjets] neben den bereits bestehenden Betriebsräten zu verpflichten. Nach einem sehr harten Kampf wurde dieser Plan, für den die Kommunistische Partei Deutschlands vielleicht einen hohen Preis bezahlt hätte, aufgegeben.

Die Behauptung, ich hätte verächtlich von dem deutschen Zentralkomitee gesprochen, ist eine ungeheuerliche Lüge. Im Gegenteil, in meiner gesamten Arbeit nicht nur in einem Monat - habe ich darauf beharrt, daß das deutsche ZK gegen die leichtsinnigen Führer der Berliner Linken fest unterstützt werden müsse. Aber ich habe der gesamten deutschen Delegation gegenüber niemals ein Hehl daraus gemacht, daß ihre abwartende Haltung gegenüber dem Aufstand insgesamt eine Gefahr darstellt. Hier ist entschlossene Hilfe und Einflußnahme notwendig. Hier ist der kleinste Mißgriff oder fehlende Vorbereitung absolut unzulässig. Seit der Zeit des letzten Plenums ist vieles in der aufgezeigten Richtung unternommen worden.

Persönliche Elemente im Brief der Mitglieder des Politbüros

In der "Antwort" finden sich eine Reihe persönlicher Elemente und Anschuldigungen, die ich, wenn es möglich wäre, gern ignorieren würde. Aber in diesem Falle würde ich mich stillschweigend damit abfinden, daß die Autoren des Briefes offensichtlich die kollektive Arbeit auf einer prinzipiellen Grundlage unmöglich machen wollen. Dem will und kann ich nicht zustimmen. Daher halte ich es für notwendig, nachzuweisen, daß die Autoren des Briefes ganz im Unrecht sind, wenn sie versuchen, persönliche Fragen als Hinderungsgrund für eine korrekte und gesunde Arbeit vorzuschieben, die wahrhaft uneingeschränkt möglich wäre, wenn die deutlich falschen und schädlichen Aspekte des gegenwärtigen Partei- und Wirtschaftsregimes korrigiert werden würden.

Die Bedeutung der entsprechenden Abschnitte in der "Antwort" kann darauf reduziert werden, daß meine Auffassungen über die Rolle der Wirtschaftsplanung, über die Bürokratisierung des Parteiapparats etc. nichts weiter wären als mehr oder weniger die Ergebnisse persönlichen Ehrgeizes: *»Wir erklären«, schreiben die Autoren des Briefes, »daß das Politbüro genau wie früher keine Verantwortung dafür übernehmen kann, zusätzlich zu den Vollmachten, die Genosse Trotzki bereits als Vorsitzender des Revolutionären Militärrats besitzt, seine Ansprüche auf die Diktatur in der Wirtschaftsleitung zu befriedigen. Es ist unsere Pflicht zu sagen: wir können nicht die Verantwortung für ein risikoreiches Experiment in diesem Bereich übernehmen.«*⁴²

Diese Darstellung der Frage ist angesichts der vorangegangenen Tatsachen absolut unglaublich. Ich werde die unbestreitbarsten und offensichtlichsten anführen. Am 6. Januar dieses Jahres schlug Genosse Stalin in einem gesonderten Brief an das ZK unter anderen folgende Maßnahmen vor:

»3) Genossen Pjatakow zum Vorsitzenden des Obersten Rats der Volkswirtschaft zu ernennen und ihm als einen seiner Stellvertreter Genossen Bogdanow beizuordnen (für mich steht fest, daß Genosse Bogdanow nicht fähig war oder sein wird, all die verstreuten Trusts unter seine Leitung zu bekommen).

⁴² Aus irgend einem Grund wird der Name des Genossen Kolegajew in die Frage meiner Ansprüche auf die Wirtschaftsdictatur hineingezogen. Ich verstehe nicht im geringsten, woher dies kommt und wozu es gut sein soll.

4) *Genossen Trotzki zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare zu ernennen (Genosse Lenins Vorschlag), wobei er besonders für den Obersten Rat der Volkswirtschaft zuständig sein sollte.*

5) *Ich denke, daß diese Veränderungen unsere Arbeit zur Beseitigung des "Chaos" erleichtern könnten.»*

Es ist völlig klar, daß Genosse Stalin diese schriftlichen Vorschläge nicht ohne Wissen der anderen Mitglieder des Politbüros einreichte.

Am 17. Januar schreibt Genosse Stalin in einem weiteren Rundbrief: *»Ich hätte keine Einwände dagegen, Genossen Trotzki gleichzeitig zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und zum Vorsitzenden des Obersten Rats der Volkswirtschaft zu mache, oder gleichzeitig zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und Vorsitzenden der Gosplan.«* Meine rein geschäftsmäßigen, mündlich und schriftlich vorgebrachten Einwände gegen diese Vorschläge waren teils organisatorischer, teils persönlicher Natur. Sie müssen hier nicht wiederholt werden, überdies kann diese ganze Korrespondenz eingesehen werden. Ich war derjenige, der nachzuweisen versuchte, daß es eine zu schwierige Aufgabe wäre, die Arbeit des Militärs und des Vorsitzenden des Obersten Rats der Volkswirtschaft zu verbinden.

Genosse Stalin versuchte zu beweisen, daß es möglich sei. Keinesfalls standen die Dinge, wie wir sehen können, folgendermaßen: auf der einen Seite der "persönliche Ehrgeiz" auf den Posten des WSNCH usw., und auf der anderen Seite die Weigerung des Politbüros, die Verantwortung für dieses "risikoreiche Experiment" zu übernehmen. In Wirklichkeit schlug Genosse Stalin mit der unzweifelhaften Zustimmung der anderen Mitglieder des Politbüros hartnäckig ein solches Experiment vor, in der Meinung, es könne dazu beitragen, "das Chaos zu beseitigen". Ich vermied die zusätzliche Verantwortung, vor allem aus Furcht vor den Ergebnissen des Versuchs, zu viel auf einmal zu tun, und vor den negativen Seiten, wenn man mehr als eine Stelle besetzt. Auf dem 12. Parteitag hielt es Genosse Stalin sogar für notwendig, öffentlich zu sagen, daß ich nicht dazu neige, "umfassendere Arbeit" zu leisten. Wie um alles in der Welt können wir all diese Tatsachen und Erklärungen mit dem vereinbaren, was mir nun in der "Antwort" zugeschrieben wird, daß ich nämlich angeblich versuche, Vorsitzender des Obersten Rats der Volkswirtschaft zu werden? Mein Wunsch danach sei inzwischen so stark, daß er der alleinige Beweggrund für diesen oder jenen prinzipiellen oder organisatorischen Vorschlag sei. Ist das nicht wirklich ungeheuerlich!

Nach dem 12. Parteitag (25. April 1923) schrieb Genosse Rykow, der den Posten des Vorsitzenden des WSNCH abschlug, an das Politbüro:

»In einem seiner Vorschläge, die an die Mitglieder des ZK geschickt wurden, bot Genosse Stalin dem Genossen Trotzki die Führung des WSNCH an. Ich sehe keinen Grund dies abzulehnen, da Genosse Trotzki in den vergangenen Jahren mehrmals zum Studium der Industrie und Wirtschaft zurückgekehrt ist und sowohl die Hauptprobleme der gegenwärtigen wirtschaftlichen Praxis als auch den Führungsapparat- der Wirtschaft sehr gut kennt.

Der außerordentliche Erfolg, der Genosse Trotzkis Bericht auf dem Parteitag zuteil wurde, garantiert vollständig, daß die Partei diese Ernennung uneingeschränkt gutheißen wird.

Genosse Trotzkis Arbeit im WSNCH muß mit seiner Beteiligung an der allgemeinen Arbeit der Regierung verbunden sein und durch den Wiederaufbau des Rats für Arbeit und Verteidigung unterstützt werden, den Genosse Stalin in seinem Brief vorschlug.«

Wie um alles in der Welt, frage ich heute, kann die ganze Geschichte der Ereignisse im nachhinein geändert werden? Wie können wir Genossen Stalins oben zitierte Vorschläge mit seiner Unterschrift unter der jüngsten "Antwort" in Übereinstimmung bringen? Wie können wir Genossen Rykows Erklärung mit seiner jetzigen Zurückweisung meiner angeblichen Ambitionen auf die Besitzergreifung des WSNCH vereinbaren? Woher kommt das alles? Wozu soll es dienen? Ich weigere mich, es zu verstehen.

Und ist es nicht wirklich ungeheuerlich zu behaupten, daß mehrere dutzend alte, untadelige Parteiarbeiter ihre Ansichten und Forderungen in einem Brief an das ZK nur deshalb formulieren, um mir... den Posten des Vorsitzenden des WSNCH zu sichern. Und wann geschieht dies? Gerade, wenn die Verbindung von militärischer und wirtschaftlicher Arbeit sowohl vom wirtschaftlichen wie vom militärischen Gesichtspunkt her am wenigsten machbar ist.

2. Ich muß eine weitere Episode anführen, die zeigt, wie die Geschichte gemacht und wie sie geschrieben wird. Auf der Sitzung des Politbüros, die an der Tagesordnung für den bevorstehenden 12. Parteitag arbeitete, schlug Genosse Stalin mit Unterstützung der Genossen Kamenew, Kalinin und, wenn ich mich nicht irre, Tomski (Genosse Sinowjew war abwesend) vor, daß ich den politischen Bericht des ZK vortrage. Die Diskussion über diese Frage wurde im Politbüro in ganz ruhigem und geschäftsmäßigem Ton geführt. Ich antwortete, daß die Niedergeschlagenheit, die Wladimir Iljitschs Krankheit in der Partei hervorgerufen hatte, nur verstärkt werden würde, wenn jemand einen vollen politischen Bericht geben würde. Es sei daher besser, wenn wir uns auf einen kürzeren politischen Bericht beschränken würden, den Genosse Stalin mit seinem Organisationsbericht verbinden könnte. Die grundlegenden Fragen könnten dann unter den entsprechenden Punkten der Tagesordnung erörtert werden.

»Außerdem«, fügte ich hinzu, »bestehen unter uns immer noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten über Wirtschaftsfragen.« Genosse Kalinin widersprach dieser letzten Bemerkung und sagte: »Die Mehrzahl Ihrer Vorschläge ist vom Politbüro verabschiedet worden, und Sie haben keinen Grund sich zu weigern, den politischen Bericht zu geben.« Ich bestand aber weiter auf meinem Vorschlag. Die Frage wurde auf dieser Sitzung nicht entschieden, und dann erhielt die ganze Sache, wie wir alle wissen, eine völlig neue Wendung. Aber ist es nicht klar, daß die Tatsache, die ich gerade angeführt habe und die natürlich nicht aus dem Gedächtnis der Teilnehmer jener Sitzung des Politbüros gelöscht werden kann, in krassem Widerspruch zu dem allgemeinen Bild steht, das nun im nachhinein in der "Antwort" der Politbüromitglieder gezeichnet wird, um ein System künstlicher Barrieren in der Partei zu erklären und zu rechtfertigen?

3. Die Anschuldigung, daß ich der Armee in den letzten Jahren »absolut unzureichende Aufmerksamkeit gewidmet« hätte, ist absolut unbegreiflich. Ich weiß nicht, wie ich diese Anschuldigung erklären soll: bedeutet sie, daß mein Arbeitstag zu kurz ist, oder daß ich meinen Arbeitstag mit anderen Angelegenheiten ausfülle? In Erfüllung der unzähligen Aufträge des ZK sah ich mich mehr als einmal gezwungen, darauf hinzuweisen, daß mich diese Aufträge von der militärischen Arbeit wegreißen. Die Vorbereitung des Berichts und der Thesen zur Industrie beispielsweise kostete mich etwa zwei Monate intensive Arbeit. Die Teilnahme an der Arbeit der Komintern verlangt einen sehr erheblichen Zeitaufwand. Die einzige Arbeit, die ich nicht im Auftrag des Politbüros leiste, ist die Teilnahme an der Moskust⁴³, aber dies erfordert nicht mehr als zwei bis drei Stunden im Monat.

⁴³ AdÜ: Die Moskust ("Moskauer Verbindungsgruppe") war zu Beginn der NEP geschaffen worden, um die Wirtschaft zu überwachen.

In der "Antwort" findet sich allerdings eine Andeutung auf "Arbeit zu Fragen der Literatur, Kunst, des Alltagslebens usw." als Grund der unzureichenden Aufmerksamkeit für die Armee. Aber diese Andeutung ist gerade deshalb hinfällig, weil, wie die Autoren wissen, ich während meiner medizinischen Behandlung an diesen Fragen arbeitete, als mir jede anstrengende geistige Tätigkeit untersagt war. Ich sehe kaum einen Grund, mich vor der Partei dafür zu rechtfertigen, daß ich zwei Sommerurlaube nicht nur zur medizinischen Behandlung nutzte, sondern dabei auch Bücher über Literatur und Alltagsleben schrieb. Ich kann nur meine Überraschung äußern, daß sie versuchen, diese Tatsache zu einer Anschuldigung zu machen.⁴⁴

Es ist allerdings vollkommen zutreffend, daß im Bereich der Armee beinahe keine kreative Arbeit stattfand aufgrund der außerordentlich schwierigen materiellen Lage der Armee, der völligen Instabilität ihres Budgets, der ständigen Kürzungen und Veränderungen in ihrer Besetzung, und der ausnehmend häufigen Ernennungen und Absetzungen von Personal, die meiner Meinung nach im Interesse der Sache gänzlich sinnlos sind. All dies hat extrem schwierige Arbeitsbedingungen geschaffen. Dazu kommt, daß in die Armee von oben jene besondere "Politik" eingeführt wird, für die bereits die Mehrheit des verantwortlichen Personals in der Armee und der Partei Beispiele erfahren hat. Die "Antwort" der Mitglieder des Politbüros hat diese Politik, deren Bedeutung vollkommen klar ist, bisher am weitesten getrieben.

Unglauben an die Partei

Die Anschuldigung, die vielleicht am schwersten wiegen würde, wenn sie nicht so oberflächlich wäre, ist der Vorwurf, mir fehle der Glauben an die Partei und ich könne sie nicht verstehen. Als Beweis dafür wird eine Äußerung über "Oblomowismus"⁴⁵ der Distriktkomitees" angeführt, die ich irgendwo und irgendwann einmal gemacht habe, ohne zu erklären, in welchem Sinne und in welchem Zusammenhang diese Worte gebraucht wurden. Schließlich wird meine Aussage, daß ich mich angesichts der Umstände, die eine außerordentliche Verantwortung erheischen, für verpflichtet halten, das Wesen der Sache höher zu stellen als ihre Form und die wichtigsten Parteiarbeiter auf die entstandene Lage aufmerksam zu machen, in der "Antwort" folgendermaßen bewertet: *»Wir halten dies für eine Erklärung, wie man sie in unserem bolschewistischen Milieu noch überhaupt nie gehört hat.«*

In diesem Abschnitt ist die Bedeutung und der Ton der "Antwort" nur allzu klar. Was einige wenige Unterzeichner - zum Verdruß der anderen - bisher nur angedeutet haben, wird hier recht offen ausgesprochen: Unkenntnis der Partei, Unglauben an ihre Stärke und an die Stärke ihrer örtlichen Organisationen, und schließlich Schritte und Erklärungen, *»wie man sie in unserem bolschewistischen Milieu noch überhaupt nie gehört hat.«* Ich möchte meinen, daß einige Mitglieder des Politbüros vorsichtiger sein sollten, bevor sie von Schritten und Erklärungen sprechen, *»wie man sie in unserem bolschewistischen Milieu noch überhaupt nie gehört hat.«*

Das Ziel meiner Erklärung war und ist lediglich, das ZK zu zwingen, den Kurswechsel zu beschleunigen, der sich aus der ganzen Lage unweigerlich ergibt. Indessen hatten und haben

⁴⁴ Genosse Lenin, mit dem ich über die erwähnten Artikel über die "proletarische Kultur" diskutiert hatte, bestand übrigens vor anderthalb Jahren darauf, daß ich diese Arbeit beschleunigte. Ich konnte sie erst diesen Sommer fertigstellen.

⁴⁵ AdÜ: Der Gutsbesitzer Oblomow ist die Titelgestalt eines Romans von Iwan Gontscharow, der Mitte des letzten Jahrhunderts erschien. Trotzki bezeichnet Oblomow in seinem Buch "Der junge Lenin" als die *»Verkörperung herrschaftlicher Unbeweglichkeit, Scheu vor jeder Anstrengung, selbstzufriedener Untätigkeit den wahren und unnachahmlichen altrussischen Typ...«*

wir Fälle, in denen am Vorabend und während entscheidender Schlachten - so war es im Oktober 1917 - die verantwortlichsten Posten verlassen werden und an die Partei gegen das ZK appelliert wird - vor den Augen von Elementen außerhalb der Partei und von Feinden.⁴⁶

Ich denke, daß sich Glauben oder Unglauben an die Partei und ihre schöpferische Kraft am verlässlichsten und wahrhaftigsten in den Tagen der größten Prüfungen erweist, wie wir sie jetzt in jedem Winkel unseres Landes durchmachen. Es gibt kaum ein Distriktkomitee, mit dem ich während der schwierigsten Stunden des Bürgerkrieges nicht Hand in Hand arbeiten mußte, und zu den Fehlern, die ich dabei beging, zählte kein krimineller Unglauben an die schöpferische Kraft der Partei und der Arbeiterklasse. Ich wische diese falsche Anschuldigung mitsamt ihrem gezielten Affront beiseite.

Dies sind also meine Erklärungen zu den wichtigsten Punkten im Brief der Politbüromitglieder. Der schmerzloseste und kürzeste Ausweg - ich wiederhole es - kann nur gefunden werden, wenn bei der herrschenden Gruppe im ZK der ernste und feste Wunsch besteht, die künstlichen Barrieren, die in der Partei errichtet worden sind, abzubauen und aufmerksamer auf die unaufschiebbaren Forderungen nach einer Änderung des Parteikurses zu reagieren, um dadurch der Partei zu helfen, ihre Unabhängigkeit, ihre Kampfbereitschaft und ihre Einheit wiederzufinden. Wenn dieser Weg eingeschlagen würde, dann würde das ZK die aktive Unterstützung . der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder finden, und jene Fragen, die jetzt als persönliche Fragen erscheinen oder dargestellt werden, würden von allein verschwinden.

23.Oktober 1923

L. Trotzki

⁴⁶ AdÜ: Trotzki denkt hier vor allem an das Verhalten Sinowjews und Kamenews am Vorabend der Oktoberrevolution von 1917.

Rede Leo Trotzki's auf dem gemeinsamen Plenum von ZK und ZKK der Russischen Kommunistischen Partei

Vorwort des Herausgebers

Wir geben auf diesen Seiten das Schlußwort Leo Trotzki's auf dem gemeinsamen Plenum des Zentralkomitees (ZK) und der Zentralen Kontrollkommission (ZKK) der Russischen Kommunistischen Partei am 26. Oktober 1923 wieder, so wie es von J.W. Stalins Assistenten Baschanow aufgenommen wurde. Aufgrund der schlechten Quellenlage war dieses Plenum bisher historisch noch nicht erforscht worden.⁴⁷

Baschanow protokollierte die Schlußworte sowohl Trotzki's als auch Stalins in normaler Schreibweise (nicht stenographisch). Die Archive enthalten noch die so erstellten Notizen beider Reden mit typischen Abkürzungen für verschiedene Wörter und Sätze. Auf der letzten Seite beider Dokumente finden sich in der unteren rechten Ecke die Initialen B.B. - Boris Baschanow. Die korrigierte, ausformulierte Fassung, ein Text von 11 beidseitig beschriebenen Bögen, trägt den Titel: "Notizen von den Schlußworten der Genossen Trotzki und Stalin auf der gemeinsamen Sitzung der Plenen von ZK und ZKK mit Vertretern von zehn proletarischen Parteiorganisationen am 26. Oktober 1923." Diese Dokumente wurden alle in derselben Handschrift, mit demselben Füllfederhalter und derselben roten Tinte erstellt. Aber die ausgeschriebene Fassung enthält nur Trotzki's Rede. Die Wiedergabe von Stalins Rede fehlt, was wahrscheinlich daran liegt, daß sie nicht redigiert wurde.

Der Text der hier abgedruckten Rede konnte in Trotzki's persönlichen Archiven nicht vorhanden sein, da er sie ohne besondere Vorbereitung als direkte und unmittelbare Antwort auf die Anschuldigungen formulierte, die in anderen Reden erhoben worden waren, insbesondere in dem von Radschenko begründeten Resolutionsentwurf, der die Position der "Troika" ausdrückte. Trotzki kann von den "Notizen" seiner Rede nichts gewußt haben, denn sonst hätte er sie erstens korrigiert (der Text enthält keine einzige Korrektur) und zweitens hätte er, entsprechend seiner ansonsten lückenlos befolgten Regel, eine Abschrift in seinem eigenen Archiv aufbewahrt.

Eine objektive Bestätigung für die Authentizität der "Notizen" liefert die genaue Übereinstimmung der darin geschilderten Tatsachen mit anderen dokumentarischen Unterlagen. Das gilt für die Korrespondenz mit W.W. Kuibyschew, für Trotzki's Rede auf dem Kongreß der Metallarbeiter, für seine Haltung gegenüber den Absetzungen von verschiedenen Posten, für die stalinistischen Methoden der Einkesselung, für die Vollmachten des Kriegskommissars und für die Bemerkungen zu den "Trotzkisten"; in all diesen Fällen stellt Trotzki die Tatsachen wahrheitsgetreu und in ihrem natürlichen Zusammenhang dar, wie es ihrer eigentlichen Bedeutung entspricht.

Das hier veröffentlichte Dokument beweist nicht nur, daß Trotzki an dem Plenum teilnahm, was lange Zeit bezweifelt worden war. Im Zusammenhang mit anderen Dokumenten läßt es

⁴⁷ Es war früher nicht möglich, die wirklichen Gründe für die Einberufung dieses ungewöhnlichen außerordentlichen Plenums, den Inhalt seiner Arbeit oder auch nur seinen genauen Verlauf festzustellen, da die für die Forschung notwendigen Dokumente unter Verschuß gehalten wurden. Wir wußten nur, daß die Sitzungen dieses Plenums vom 25. bis 27. Oktober stattfanden und daß Vertreter von zehn großen proletarischen Parteiorganisationen daran teilnahmen (Petrograd, Moskau, Iwanowo-Wosnessensk, Nischegorod, Charkow, Donezk, Jekaterinburg, Rostow, Baku und Tula). Es wurde eine kurze Resolution verabschiedet, die später ausschnittsweise in eine Rede Stalins auf der 13. Konferenz der RKP (B) aufgenommen wurde. Sie erhielt später den Titel "Zur innerparteilichen Lage".

auch die Schlußfolgerung zu, daß Trotzki an sämtlichen Sitzungen vom 25. -27. Oktober anwesend war und sich vier Mal zu Wort meldete.⁴⁸

An den von B. Baschanow erstellten "Notizen" sind für die Veröffentlichung keine Veränderungen vorgenommen worden. Lediglich offensichtliche Tippfehler wurden berichtigt. Publiziert wurde dieses Dokument in russischer Sprache von der Doktorandin der historischen Wissenschaften W.P. Wilkowa und Dr. hist. W.P. Danilow. Im Kommentar ihrer Publikation findet sich weiteres dokumentarisches Material, das die Echtheit der Rede bestätigt.

⁴⁸ In Trotzki's persönlichen Archiven finden sich keine Dokumente über die Sitzung des gemeinsamen Plenums von ZK und ZKK. Weder in Trotzki's polemischen noch in seinen autobiographischen Schriften wird sie erwähnt. In "Mein Leben" handelt Trotzki die Ereignisse vom Oktober-November 1923 recht vage ab, weil er sich, wie er schreibt, während einer Jagd im Herbst eine schwere Erkältung zugezogen habe.

Die Ereignisse vom Oktober 1923 wurden weder von sowjetischen noch von ausländischen Historikern aufgeschlüsselt. Es überrascht nicht, daß sich I. Deutscher auf die Feststellung beschränkt, Trotzki sei während dieser entscheidenden Monate ans Bett gefesselt gewesen. Er zählt den schicksalhaften Einfluß zufälliger Faktoren auf: Lenins Krankheit, Trotzki's Erkrankung. Auch P. Broué sah sich gezwungen, hinsichtlich der Sitzungen vom 25.-27. Oktober zu schreiben, daß Trotzki wegen einer Erkältung und fieberhaften Erkrankung nicht erschienen sei, und daß sich allein Je. A. Preobraschenski als Vertreter der Opposition zu Wort gemeldet habe.

Die Tatsache, daß Trotzki in Wirklichkeit vier Mal sprach, geht aus der Anwesenheitsliste mit seiner Unterschrift hervor, sowie aus den offiziellen stenographischen Protokollen, in denen die Anwesenden, die Redner und die Abstimmungen festgehalten wurden. Auf Trotzki's Drängen hin gab es eine offene Abstimmung. Am 25. Oktober 1923 hielt Trotzki einen Bericht (von 19.10 Uhr bis 19.55 Uhr), der sich unmittelbar an jenen Stalins anschloß (von 18.35 Uhr bis 19.10 Uhr). Spät abends am 26. Oktober faßten nach Abschluß der Diskussion die beiden Opponenten ihre Standpunkte zusammen (Trotzki von 22.33 Uhr bis 23.25 Uhr, Stalin von 23.25 Uhr bis 24.10 Uhr.) Außerdem kann man annehmen, daß sich Trotzki am selben Tag in "eigener Sache" zu Wort meldete (auf der Rednerliste, die der Vorsitzende Kamenew führte, steht der abgekürzte Name "Trozk"). Schließlich sprach Trotzki am 27. Oktober, um sich zu Informationen über die Lage in Bulgarien und Deutschland zu äußern, berichtete von "Informationen über Wladimir Iljitsch's Gesundheit" und beteiligte sich an der Abstimmung über die Resolution. Der Vermerk über die offene Abstimmung hält fest: »34. Trotzki, L.D. - enthielt sich.«

Rede Leo Trotzki

26. Oktober 1923

Genossen! Ich wurde hier mit der Aussage zitiert, daß es Differenzen über eine ganze Anzahl Fragen gebe. Aber mehrere Genossen haben dies so darzustellen versucht, als hätte ich geschrieben, daß die Partei von tiefen und prinzipiellen Differenzen zerissen werde. Ich muß Sie daran erinnern, daß das Zitierte ein Absatz aus meiner Antwort an Genossen Kuibyschew war. Genosse Kuibyschew warf mir vor, die ernstesten Fragen zu allgemein anzugehen, und reduzierte die ganze Frage im wesentlichen auf mein Temperament.⁴⁹ Um zu zeigen, daß es hier nicht um das Temperament, sondern um eine grundlegend unterschiedliche Herangehensweise an die Lösung mehrerer Probleme geht, muß ich in meiner Antwort unsere Differenzen aufzählen.⁵⁰

Aber Genosse Wareikis hat eine umfassendere Frage angesprochen: unsere Außenpolitik. Ich muß Ihnen mitteilen, daß die jüngsten Telegramme aus Polen besagen, Trotzki's Rede auf dem Kongreß der Metallarbeiter habe bei sämtlichen bürgerlichen Regierungen den Eindruck hinterlassen, daß wir für eine Friedenspolitik seien.⁵¹

Das Politbüro hatte unterdessen keine festgelegte Linie zur Frage unserer Beziehungen mit Polen. Ich forderte, daß wir unsere Politik definieren. Stellen Sie sich vor, ich müßte auf einer Massenversammlung sprechen. Schließlich spreche ich nicht nur als Mitglied der Partei; ich spreche auch als Volkskommissar für Heereswesen und Marine, als Kriegsminister, dessen Worte von sämtlichen bürgerlichen Regierungen genau verfolgt werden (besonders wenn die Möglichkeit eines Krieges aufkommt). Man fragt mich: Wird es einen Krieg geben oder nicht? Ob ich mit Ja oder mit Nein antworte, wird immerhin enorme Folgen nach sich ziehen. Man fragt mich, und ich sollte wissen, was ich antworten muß, und zu diesem Zweck muß das Politbüro eine eindeutige Haltung zu dieser Frage beziehen. Damit dies geschieht, muß die Frage der Beziehungen mit Polen geklärt werden. Das ist mir gelungen. Ich stelle hier fest, daß die von mir eingenommene Linie völlig richtig war.

⁴⁹ Dies bezieht sich auf das Gespräch zwischen L.D. Trotzki und W.W. Kuibyschew, nachdem Trotzki das Plenum des ZK am 25. September verlassen hatte. An diesem Tag hatte W.W. Kuibyschew's Rede die Diskussion über die Erweiterung des Revolutionären Kriegsrats um sechs Mitglieder des ZK eingeleitet, darunter der Generalsekretär. Nach der Rede des ZK-Mitglieds N.P. Komarow verließ Trotzki die Plenumsitzung. Das Plenum beauftragte W.W. Kuibyschew und G.L. Pjatakow, mit ihm zu verhandeln, aber Trotzki weigerte sich, zu der Sitzung zurückzukehren.

In einer Resolution erklärte das Plenum, Komarow's Rede habe nichts Beleidigendes für Trotzki enthalten, und er habe das Plenum durch seine Weigerung zurückzukommen gezwungen, »die Zusammensetzung des Revolutionären Kriegsrats (RWSR) in seiner Abwesenheit zu diskutieren«. Das Plenum stimmte der Entsendung zusätzlicher ZK-Mitglieder in den RWSR zu. Woroschilow und Laschewitsch (ersterer arbeitete mit Stalin, letzterer mit Sinowjew zusammen) sollten ihm sofort beitreten. Außerdem wurde vorgeschlagen, unter dem Vorsitzenden des RWSR ein Exekutivorgan zu schaffen, dessen Mitglieder vom Politbüro des ZK bestätigt werden mußten. Sie sollten neben Trotzki zunächst aus Kamenew, Laschewitsch, Pjatakow, Skljanski, Stalin und anderen bestehen. Die Arbeit des Rewwojensowjet und seines Vorsitzenden sollte also der schärfsten Kontrolle unterstellt werden.

⁵⁰ Trotzki bezieht sich hier auf seinen Brief vom 8. Oktober 1923 an die Mitglieder von ZK und ZKK, in dem er seine Meinungsverschiedenheiten mit dem Führungskern des ZK zusammenfaßt.

⁵¹ Vom 20.-23. Oktober tagte in Moskau der Moskauer Distriktkongreß der Metallarbeitergewerkschaft. Als Mitglied des Moskauer Komitees dieser Gewerkschaft gab Trotzki am Eröffnungstag einen Bericht über die internationale Lage und die Perspektiven der Revolution in Deutschland. Er sagte darin: »Ich habe bereits mehrere Genossen erwähnt, die sicher sind, daß ein Krieg mit Polen unmittelbar bevorsteht. Es wäre falsch, wenn sich unsere Regierung von dieser Stimmung anstecken lassen würde. Wir müssen normale Arbeit leisten, um die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, wir müssen die Armee stärken, die Luftwaffe stärken, was keineswegs bedeutet, daß wir von Kriegsplänen angeleitet werden... wir müssen alle Maßnahmen treffen, um einen Krieg zu verhindern, und das bedeutet vor allem, daß wir unsere normale Arbeit stärken und intensivieren müssen.« (Prawda, 21. Oktober 1923)

In Bezug auf meinen Brief gibt es zwei Herangehensweisen. Einige sagen, was Trotzki schreibt, ist ein Blitz aus heiterem Himmel, etwas völlig Unerwartetes, das man nur mit Trotzkis Unzufriedenheit über die Zusammensetzung des Rewwojensowjets [Revolutionären Kriegsrats] erklären kann. Andere sagen, Trotzki wiederholt nur, was er bereits seit zwei Jahren sagt; nichts Neues ist passiert; so war es schon unter Lenin.

Genossen, es ist hier geäußert worden, daß private Zusammenkünfte stattgefunden haben, auf denen eine vorläufige Bewertung dieser Frage vorgenommen wurde. Wir müssen hier irgendwie zu einer einheitlichen Linie kommen. Natürlich sind beide von mir genannten Versionen der Meinungen, die über meinen Brief verbreitet werden, gleich falsch. Er enthält ein Echo früherer Meinungsverschiedenheiten, aber es gibt auch neue, und die neue Lage hat sie verschärft. Ich habe beide Arten von Meinungsverschiedenheiten aufgelistet. Zum Ende dieses Jahres, als die reale Situation meine Einschätzung der Grundtatsachen der Wirtschaft des Landes als richtig bestätigte, brachte ich diese Fragen erneut auf. Es ist die reine Unwahrheit, daß ich sie nicht im Politbüro vorgebracht hätte. Ich habe sie vorgebracht, und wir sehen die Ergebnisse. Rykow versuchte eine spezielle Zusammenkunft einzuberufen. Sie haben vernommen, wie dieser Versuch endete.

Sie fand nicht statt. Und was geschah als nächstes? Da innerhalb des Politbüros ein zweites Politbüro, und innerhalb des Zentralkomitees ein weiteres Zentralkomitee besteht, wurde ich von einer detaillierten Diskussion über diese Frage ausgeschlossen. Aber ich hatte auch nicht die Möglichkeit, mich mit irgendeiner Information an andere Mitglieder des ZK zu wenden. Daher blieb mir nur eine Wahl. Genosse Sinowjew sagte, ich hätte mich geweigert, auf einen durch Serebrjakow vermittelten Kompromißversuch einzugehen. Genossen, es ist absolut kindisch, die Frage so zu stellen. Halten Sie sich folgendes Bild vor Augen. Ich habe Serebrjakow seit zwei Jahren nicht gesehen. Plötzlich erscheint er mit einem solchen Vorschlag bei mir. Ist es verständlich, daß ich ihm, als er zu mir kam, antwortete: Was meinen Sie mit einer "Fünfergruppe"? Weshalb sollten wir Trotzki und Bucharin irgend einer "Dreiergruppe" hinzufügen? Schließlich haben wir ein Politbüro und ein Zentralkomitee. Wenn Sinowjew normale Beziehungen herstellen will, dann muß er sowohl die "Dreiergruppe" als auch die "Fünfergruppe" abschaffen.⁵²

Weshalb habe ich diese Frage nicht in der Zentralen Kontrollkommission angesprochen? Genossen, es ist hier viel über den "Bürokratismus" [kasjonschtschina] gesagt worden. Ich möchte dieses Wort nicht ständig wiederholen, aber hier ist es sehr angebracht. Die Mitglieder der ZKK kennen eine Reihe von Tatsachen über den Gruppenkampf gegen sogenannte Trotzkiisten. Die Mitglieder der ZKK wissen, daß jeder, der nicht aktiv gegen Trotzki kämpft, heute als "Trotzkist" bezeichnet wird. Denn was sonst ist ein "Trotzkist"? Ich kenne keine andere Erklärung. Ich habe im ZK bestehende Meinungsverschiedenheiten niemals nach außen getragen; ich habe Parteigenossen niemals davon erzählt; ich habe niemals versucht, sie zusammenzuschließen, eine Gruppe oder eine Fraktion zu organisieren.

Indessen wissen Sie, daß es in der jüngsten Periode etliche Versetzungen und Entlassungen von "Trotzkisten" gab. In welchem Sinne hätten sie wohl "Trotzkisten" sein können? Wir haben es nicht mit irgend welchen Verbindungen oder Gruppen zu tun. Der Name "Trotzkist" wird jedem verliehen, der der Ansicht ist, daß eine solche "Umgebung", von der Genosse

⁵² Ende 1922, als Lenin krank war, kamen Sinowjew, Kamenew und Stalin privat überein, eine "Troika" (Dreiergruppe) innerhalb des Politbüros zu bilden, nach einigen Monaten wurden auch Bucharin, Rykow, Tomski und Kuibyschew einbezogen, so daß es zu einer "Siebenergruppe" kam. Dies war die Führungsgruppe eines im wesentlichen fraktionellen Zusammenschlusses innerhalb von ZK und ZKK. Sinowjew gab später zu, daß das Ziel dieses Blocks von Parteiführern der Kampf gegen Trotzki war, was zu dessen politischer Isolation führte.

Petrowski hier gesprochen hat, oder eine solche Haltung gegenüber Trotzki, von der Genosse Frunse gesprochen hat, nicht nötig sei. Die Mitglieder des ZKK wissen von diesen Versetzungen und von dieser Haltung gegenüber "Trotzkisten", und trotzdem hat die ZKK nicht im geringsten auf all dies reagiert. Wie hätte ich im Bewußtsein all dessen diese Frage der ZKK zur Entscheidung überlassen können? Ich hatte kein Vertrauen in die Mehrheit der ZKK und habe es nach wie vor nicht. Aus diesem Grund habe ich nicht an die ZKK appelliert.

Eine Reihe persönlicher Gründe, die für die vorliegende Frage sehr ausschlaggebend sind, nötigen mich, die ZKK in dieser Weise zu sehen, und zwingen mich zu vermeiden, die Frage in der ZKK aufzubringen, Genossen, Sie dürfen nicht vergessen, daß der Träger der Sekretariatspolitik - der Politik, die jeden als einen "Trotzkisten" ansieht, der kein aktives Mißtrauen gegenüber Trotzki hegt - Genosse Kuibyschew ist. Auch Genosse Jaroslawski hängt dieser Politik an. Nun, die Genossen Kuibyschew und Jaroslawski sind nicht nur in der ZKK, sondern leiten auch ihre Arbeit. Nun lassen Sie uns sehen, wohin dies führt. Nehmen wir uns die Tatsachen vor.

Das Präsidium der ZKK diskutierte die Frage der Schuld eines Parteimitglieds, dabei wurden diesem Parteimitglied schwere Vergehen gegen die Partei vorgeworfen. Die elementaren Grundlagen der Parteithik und ein unparteiisches Herangehen an diese Frage verlangen, daß dieses Parteimitglied angehört wird. Indessen wird die Frage diskutiert und eine Resolution verabschiedet, ohne es vorzuladen und seine Erklärungen anzuhören. Charakterisiert nicht allein dies die ZKK? Aber damit nicht genug. Es wird zu derselben Frage eine Sitzung des Präsidiums der ZKK mit ZKK-Mitgliedern abgehalten. Wieder findet eine Diskussion statt, und wieder wird eine Resolution verabschiedet. Denken Sie, sie hätten mich zu dieser Sitzung eingeladen und mir die Möglichkeit gegeben, die Tatsachen zu erklären oder klarzustellen? Nein, das geschah nicht.

Genossen, erinnern Sie sich an den Grundgedanken hinter der Organisation der ZKK. Die ZKK soll ein unabhängiges und höchst unparteiisches Gremium sein, das die Mängel oder Fehler in unserer Arbeit sowie Exzesse von Seiten verantwortlicher Parteimitglieder korrigiert. Ich sage, daß Sie die ZKK in eine Waffe des Sekretariats des ZK in diesem innerparteilichen Kampf verwandelt haben. Ich sage, daß Sie Wladimir Iljitschs Gedanke, der ihrer Schaffung zugrundelag, verdrehen. Ich habe mich nicht an die ZKK gewandt, ich habe ihr nicht die Entscheidung über die von mir aufgebrachten Fragen überlassen. Sie machen mir daraus einen Vorwurf. Dieser Vorwurf, Genossen, besteht darin, daß ich mich nicht an die ZKK gewandt habe, ein Gremium, an das ich mich aus allen genannten Gründen gar nicht wenden konnte. Darin besteht gerade der Bürokratismus, gegen den ich Einspruch erhebe.

Nun, Genossen, lassen Sie uns über den Bonapartismus sprechen, den mir die Mitglieder des Politbüros in ihrem Brief vorwerfen. (Genosse Kamenew: »Dieses Wort kommt in dem Brief nicht vor.«) Genossen, ich kann einen Brief der Mitglieder des Politbüros nicht so gering schätzen, wie das Genosse Kamenew vorschlägt. In dem Brief der Mitglieder des Politbüros heißt es (und ich zitiere), daß ich zusätzlich zu meinen Vollmachten im militärischen Bereich noch das Gebiet des Obersten Sowjets der Volkswirtschaft (WSNCH) beanspruche. Lassen Sie uns als erstes untersuchen, Genossen, worin die "Vollmachten" bestehen, von denen der Brief spricht. Natürlich weiß jeder von Ihnen, daß sämtliche Ernennungen in der Armee vom Orgbüro und vom Politbüro vorgenommen werden. Jede Arbeit in der Armee wird, wie überall sonst auch, von Menschen durchgeführt. Lassen Sie uns einen Blick auf die Auswahl des Personals werfen, was die Führung der Armee betrifft. Wir wollen sehen, welche Leute unsere Militärdistrikte führen: in Sibirien - Genosse Laschewitsch, im Südosten - Genosse Woroschilow, in der Ukraine - Genosse Frunse, usw. Nur in Moskau ist der Führer des Distrikts der furchterregende "Trotzkist" - Muralow. Was bedeutet das, Genossen? Von

meinen Vollmachten in der Militärabteilung können Sie nur sprechen, um die Leute in der Provinz zu täuschen! Ist Ihnen das nicht klar?

Manche sagen, daß ich auf dem 12. Parteitag geäußert hätte, die Armee rücke näher an die Partei heran, die Verbindungen würden stärker, und im allgemeinen stehe es gut um die Armee, daß ich nun aber genau das Gegenteil behauptete. Nichts dergleichen. Ich sagte auf dem Parteitag, und bin es zu wiederholen bereit, daß dieser Annäherungsprozeß fortschreitet. Ich nehme nichts von dem zurück, was ich gesagt habe. Ich sprach von etwas ganz anderem, als ich auf die Unregelmäßigkeiten in der Armeearbeit hinwies. Ich sprach von den Bedingungen meiner persönlichen Arbeit. Und diese Bedingungen sind folgende: Jeder, der mit mir arbeitet, der ganz einfach so, ohne irgend welche Verbindungen zu Gruppierungen oder Politik, mit mir zusammenarbeiten kann, wird allein dadurch jetzt als "Trotzkist" verdächtigt. Trotzdem rede ich, Genossen, ich wiederhole es, niemals über diese Fragen, nicht einmal mit meinen engsten Kollegen wie zum Beispiel Genossen Skljanski, mit dem ich fast zwei Stunden täglich spreche und den ich in offiziellen Angelegenheiten konsultiere. Hier haben Sie, Genossen, das vollständige Bild: Leute, mit denen ich arbeiten kann, werden mir weggenommen, und ich werde mit Leuten umgeben, die aktiv gegen mich eingestellt sind. Es ist also das Bild der vollständigen Isolation. Und das wird dann als "unbeschränkte Vollmachten" im Bereich der Militärfragen bezeichnet!

Nun zum WSNCH [Obersten Volkswirtschaftsrat]. Ich weigere mich nicht, im WSNCH zu arbeiten. Ich könnte mit dem WSNCH nicht schlechter zurechtkommen als viele andere Genossen. Und als Genosse Bucharin mit mir über meine Arbeit im WSNCH sprach, sagte ich nicht, daß ich dagegen sei; ich antwortete, daß es undenkbar sei, diese Arbeit mit militärischer Arbeit zu verbinden.

Ich muß Ihnen, Genossen, meine Unterredung mit Wladimir Iljitsch erläutern, als ich mit ihm über den Posten des Stellvertreters und andere Fragen sprach. Es geht darum Genossen, daß es in meiner Arbeit einen persönlichen Aspekt gibt, der in meinem Privatleben zwar überhaupt keine Rolle spielt, aber dennoch einige politische Bedeutung hat. Das ist meine jüdische Herkunft. Ich erinnere mich gut, wie Wladimir Iljitsch am 25. Oktober, als wir im Smolny auf dem Boden lagen, sagte: *»Genosse Trotzki! Wir werden Sie zum Kommissar für innere Angelegenheiten machen. Sie werden die Bourgeoisie und den Adel zerschmettern.«*

Ich widersprach. Ich sagte, daß wir unseren Feinden meiner Meinung nach keinen solchen Sündenbock in die Hände spielen sollten; ich hielt es für viel besser, wenn in der ersten revolutionären Sowjetregierung kein einziger Jude vertreten wäre. Wladimir Iljitsch sagte: *»Unsinn. Das bedeutet gar nichts.«* Aber trotz seiner Haltung scheinen sich meine Argumente teilweise auf ihn ausgewirkt zu haben. Jedenfalls entging ich einer Ernennung zum Volkskommissar für innere Angelegenheiten und wurde für unsere Außenpolitik verantwortlich gemacht, obwohl ich sagen muß, daß ich auch hier nicht weniger entschieden opponierte. Als es notwendig wurde, unsere bewaffneten Streitkräfte zu organisieren, fiel die Wahl auf mich; ich muß sagen, daß ich sogar noch entschiedener dagegen war, zum Volkskommissar für Heereswesen bestimmt zu werden.

Es stellt sich heraus, Genossen, daß ich nach all der Arbeit, die ich auf diesem Gebiet geleistet habe, mit voller Überzeugung sagen kann, daß ich recht hatte. Ich rede nicht von den direkten Ergebnissen meiner Arbeit - Sie wissen, daß ich meine Verpflichtungen erfüllt habe und daß Sie meine Arbeit positiv bewerten; aber, Genossen, ich hätte viel mehr tun können, wenn diese Frage nicht in meine Arbeit eingedrungen und sie beeinträchtigt hätte. Erinnern Sie sich, wie stark diese Beeinträchtigung in entscheidenden Momenten war: während der Offensiven Judenitschs, Koltshaks und Wrangels, als unsere Feinde in ihrer Propaganda die

Tatsache ausnutzten, daß die Rote Armee von einem Juden geführt wurde. Das war ein großes Hindernis.

Genossen, ich muß noch einmal wiederholen, daß dieser Umstand in meinem persönlichen Leben überhaupt keine Rolle spielt, als politischer Faktor aber sehr schwer wiegt. Ich habe dies niemals vergessen. Wladimir Iljitsch hielt dies für eine Exzentrik meinerseits, und bezeichnete es in Gesprächen mit mir oder anderen Genossen mehr als einmal als eine Eigenart von mir. Und als Wladimir Iljitsch vorschlug, daß ich stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare (sein persönlicher Stellvertreter) werden sollte, weigerte ich mich erneut mit Nachdruck aus eben diesen Gründen, um unseren Feinden nicht einen Vorwand für die Aussage zu liefern, daß unser Land von einem Juden regiert werde. Wladimir Iljitsch stimmte mir beinahe zu. Es stimmt, daß er dies an der Oberfläche niemals erkennen ließ, und wie zuvor sagte: »*Unsinn, das ist nichts.*« Aber ich spürte, daß er es nicht länger so sagte wie früher, daß er mir gefühlsmäßig recht gab.

Weshalb ging ich nicht zum SNK [Rat der Volkskommissare] oder zum STO [Rat für Arbeit und Verteidigung]? Genossen, eben deshalb, weil ich vor allem fürchtete, den Eindruck zu erwecken, daß Trotzki eine Fraktion schaffe. Und auch Wladimir Iljitsch hatte einmal diese Befürchtung. Nach dem 10. Parteitag war W.I. auf der Hut. Als ich dies spürte, ging ich zu ihm, um ihm ausdrücklich zu sagen, daß ich nichts dergleichen unternähme. Wir führten eine lange Unterhaltung, und wie es scheint, konnte ich ihn überzeugen, daß ich keinerlei Gruppierungen oder Fraktionen schaffen würde, daß ich nicht einmal daran gedacht hatte. Genossen, ich täuschte ihn nicht. Ich habe nichts nach außen getragen, das als Meinungsverschiedenheit oder Kritik an den Aktivitäten des Zentralkomitees aufgefaßt werden konnte. Als sich die Differenzen über die Wirtschaftsprobleme zuspitzten, war ich gezwungen, Mitglieder des ZK darüber zu informieren. Hier spreche ich vor allem über die Gosplan [Staatliche Plankommission].

Ich denke, Genossen, daß es eine Agentur geben muß, die alle Probleme vom Standpunkt der Koordination des Wirtschaftsplans her durcharbeitet, bevor sie den übergeordneten Sowjet- und Parteigremien zur Lösung vorgelegt werden. Denn wenn es keine solche Agentur, keine solche vorgeschaltete Überarbeitung gibt, wie können solche Fragen dann entschieden werden? Das verstehe ich absolut nicht. Denn persönlich kann ich im Politbüro nicht meine Stimme abgeben, wenn erfahrene Leute, die diese Fragen in- und auswendig kennen, sie nicht schon bewertet haben. Denn ich kann mir meine eigene Meinung nicht auf der Grundlage trockener, halboffizieller Ergänzungspapiere bilden, die in den meisten Fällen als Material verteilt werden. Wenn ich nicht sicher bin, daß ein gegebenes wirtschaftliches Problem untersucht und vom Standpunkt der Planung und Koordination her durchgearbeitet worden ist, dann kann ich nicht abstimmen. Genau aus diesem Grund, Genossen, habe ich mich in jüngster Zeit im Politbüro bei Abstimmungen über sehr wichtige Wirtschaftsfragen oft enthalten.

Wenn ich von allen anderen Arbeiten freigestellt und zur Arbeit in die Gosplan geschickt würde, so hätte ich keine Einwände. Ich bin sicher, daß unsere Krisen durch das planlose Herangehen an die Fragen unserer Wirtschaft zu 50, 75 oder vielleicht 100 Prozent verschärft werden. Die Gosplan ist unsere wichtigste Agentur. Sie haben inzwischen gehört, Genossen, daß es um die Gosplan, um Genossen Kamenews Ausdruck zu verwenden, »*recht kläglich steht*«. Nun, mit einer "recht kläglichen" Gosplan werden Sie nicht weit kommen. Wenn diese "recht klägliche" Gosplan nicht reorganisiert wird, dann werden die wichtigsten Probleme unserer Wirtschaft wie zuvor unsystematisch und zufällig entschieden werden; wie zuvor wird es keinen Plan geben, und wie zuvor werden wir nicht zurechtkommen.

Genossen, es wäre keine Übertreibung zu sagen, daß dies nun das wichtigste Problem ist. Ich komme auf diese Frage zurück: Was würde ich im SNK [Rat der Volkskommissare] oder im

STO [Rat für Arbeit und Verteidigung] tun, wenn die Gosplan nicht reorganisiert wird? Entweder wäre ich gezwungen, mich persönlich der genauen, vorgelagerten Überprüfung dieser Probleme zu widmen, was natürlich physisch unmöglich ist, oder diese Probleme müßten vom Politbüro an den SNK oder den STO überweisen. Hier müssen wir meine persönlichen Eigenarten berücksichtigen. Ich bin so beschaffen, daß ich schlecht geschriebene Papiere, Anordnungen oder sonst etwas, sei es einfach unverständlich oder wirtschaftlich sinnlos, nicht unterzeichnen kann. Ich kann Ungenauigkeit, Schlamperei oder Nachlässigkeit nicht ertragen. Das ist vielleicht sehr schlecht, aber, ich wiederhole, so bin ich nun einmal und Sie können mich nicht ändern. Außerdem ist mein Arbeitstag immer recht ausgefüllt. Ich verschwende keine Zeit. An dieser Stelle muß ich mit Empörung alle Unterstellungen von mir weisen, die meine Untersuchung von "Problemen des Alltagslebens" betreffen.⁵³ Diese Arbeit, die letzten Endes alles andere als überflüssig ist, hat keinen einzigen Moment meiner Arbeitszeit gekostet, da ich sie während meiner Beurlaubung in Kislowodsk verfaßte, die mir zur medizinischen Behandlung gewährt wurde. Der einzige Ausweg, Genossen, den ich also aus dieser Lage erkenne, besteht in der Reorganisation der Agentur, und nur auf diese Weise werden bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Lassen Sie mich nun zur innerparteilichen Lage kommen. Hier haben die Ukrainer alles perfekt gemacht. Dann kam Genosse Manzew. Seine Erklärung entspricht der Logik der Situation. Was Genosse Frunse sagte, entspricht nicht der Logik der Situation; was Genosse Petrowski sagte, entspricht ihr nur da, wo er sich über die "Umgebungen" äußert. Es ist eine Lage geschaffen worden, in der nur noch Genosse Trotzki spricht; außerdem spricht er für den "Demokratismus".

Genossen, Sie wissen ganz genau, daß ich niemals ein "Demokrat" war. Das heißt nicht, daß ich niemals kritische Gedanken zuließ oder die Meinung von Arbeitskollegen mißachtete. Lassen Sie mich ein Beispiel anführen. Sie erinnern sich, daß in Militärkreisen viel von der einheitlichen Militärdoktrin die Rede war, die Genosse Frunse leidenschaftlich verteidigte. Ich muß sagen, daß ich niemals verstand, worin diese einheitliche Militärdoktrin bestand, es bis heut nicht verstehe und bezweifle, ob es überhaupt jemand verstehen kann. Im besten Falle kann man sie als eine Art Jentschmenismus⁵⁴ in Militärangelegenheiten betrachten. Aber obwohl ich eine derart negative Meinung von dieser einheitlichen Militärdoktrin hatte, polemisierten Genosse Frunse und ich in der freundschaftlichsten Weise über dieses Problem, und am Ende der Polemik sammelten wir gemeinsam unsere Artikel und veröffentlichten sie in einer extra Broschüre.

Man führt ein anderes Beispiel an. Man sagt, daß sich zwar eine Tagung der Kommandeure der Militärdisktrikte für die Absetzung Arschanows ausgesprochen habe, daß ich sie aber nicht durchführe, sondern mauere. Sie müssen wissen, daß dieser Arschanow keine Sympathie erweckende Person ist; er hat eine ganz miserable Vergangenheit. Er war früher, als Offizier in Turkestan, nahe daran, Rote hinzurichten. Er ist sehr unbeliebt, und was meine Stellung ihm gegenüber betrifft, so steht er mir so nahe wie etwa Sologub oder Arens. Von irgend welcher persönlichen Sympathie meinerseits für ihn kann keine Rede sein. Das ganze Problem besteht darin, daß er ersetzt werden muß. Neben einer ganzen Anzahl Fehler hat diese abenteuerliche

⁵³ Dies bezieht sich auf Trotzki's Buch "Probleme des Alltagslebens", das 1923 in Moskau veröffentlicht wurde.

⁵⁴ Jentschmenismus - diese "Theorie der neuen Biologie" war eine Form des vulgären, mechanischen Materialismus, die in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre recht verbreitet war. Ihr Urheber, Je. S. Jentschmen, versuchte die Ideen des Reflexforschers I.P. Pawlow mit dem Kantianismus und Machismus zu verbinden. Laut der "monistischen Theorie" Jentschmens ist der Mensch nur "ein System organischer Bewegung", das über rein physiologische Reaktionen verfügt, ohne daß die Psyche dabei eine Rolle spielt. Bucharin unterzog diese Ansichten einer wissenschaftlichen Kritik, die 1923 in der Zeitschrift "Rotes Neuland" (Nr. 6) unter dem Titel "Jentschmeniada (zur Frage der ideologischen Degeneration)" veröffentlicht wurde.

Person einen außerordentlichen Vorzug: er hat sehr viel Tatkraft und erfüllt jeden Auftrag, den man ihm erteilt. Wenn man ihm zum Beispiel jetzt befehlen würde, mehrere Millionen Pud Getreide nach Deutschland zu transportieren, dann würde er diese Aufgabe unter allen Umständen erfüllen, und das zu 100 Prozent. (Stimme: »Und dabei mehr Schaden als Nutzen stiften.«) Natürlich, Sie haben völlig recht, ich widerspreche nicht, und es ist vielleicht mehr als wahrscheinlich, daß er in diesem Falle viel Schaden anrichten würde, aber er würde seinen Auftrag erfüllen, und ich führe dieses Beispiel an, um seine enorme Arbeitsfähigkeit zu zeigen, seine Energie und seine Eignung, Dinge zu erledigen.

Sobald die Kommandeurstagung seine Ablösung beschlossen hatte, stimmte ich sofort zu. Aber wir mußten einen Ersatz für seinen Posten als Verantwortlichen für die Nachschublieferungen finden. Wir ernannten Genossen Dimitrijew zu seinem Assistenten. Zum Assistenten, weil dies eine umfangreiche und komplizierte Sache ist, die man erlernen muß. Wir dachten, daß wir ihn, sobald er sie gemeistert haben würde, anstelle Arschanows ernennen würden. Dimitrijew arbeitete drei Monate lang. Es stellte sich heraus, daß er nicht der richtige Mann war. Wir begannen, nach einem anderen Kandidaten zu suchen. Kolegajew wurde vorgeschlagen. Aber aus dieser Kandidatur wurde nichts, da er krank war und für einige Monate nicht arbeiten konnte. Schließlich entschieden wir uns für Genossen Oskin, setzten ihn von seinem gegenwärtigen Posten ab und ernannten ihn zum Assistenten. Nun arbeitet er sich ein. Wenn er alles bewältigt hat, werden wir ihn ernennen. Es ist nur eine Frage der Zeit. Wie Sie deutlich sehen können, Genossen, läuft die ganze Frage auf die Tatsache hinaus, daß man einen Ersatz braucht, um jemanden zu ersetzen, und es ist ungeheuerlich, daraus eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit zu machen.

Nun lassen Sie mich zu dem hier erwähnten Vorfall kommen, daß Woroschilows Worte über Rumänien niedergeschrieben worden seien. Ich habe ein sehr gutes Gedächtnis, aber daran kann ich mich überhaupt nicht erinnern; selbst wenn es stattgefunden hat, war es offensichtlich eine solche Belanglosigkeit, und ich maß dem damals so wenig Bedeutung bei, daß ich es vollkommen vergessen habe. Genossen, ich beanspruche kein Patent für Demokratismus. Aber die Lage, die ich vorfand, als ich von einer zweimonatigen Beurlaubung zurückkehrte, zwang mich, genauer hinzusehen und die Frage zu untersuchen. Daß die Lage besprochen werden muß, kann man anhand der Tatsachen beweisen. Denn, Genossen, die stenographischen Mitschriften der Politbüro-Sitzung vom 11. Oktober, die ich Ihnen angeführt habe, sind in der Tat sehr real.

Es muß ein Ausweg aus dieser Situation gefunden werden. Einer von zwei Wegen ist möglich: entweder eine Wende zur Parteidemokratie (ich werde nicht, wie Genosse Bucharin, von einem "Herumreißen des Steuers" sprechen, nein, nur eine Wende), oder die Feststellung, daß die Demokratie blüht. Manche sagen, daß ich mir all dies ausgedacht habe, um eine Fraktion zu schaffen. Wann? In welchem Moment? Wozu? Wo? Vielleicht in der Armee? Sie dürfen nichts unausgesprochen lassen, und müssen dies Bonapartismus nennen! Ich wiederhole, als ich aus der Beurlaubung zurückkehrte und eine solche Situation vorfand, als ich sie überdachte und meinen Eindruck bei Dutzenden erfahrenen Genossen bestätigt fand (und Sie wissen, daß es für mich aufgrund meiner offiziellen Stellung sehr schwierig gewesen wäre, die Parteimeinung in irgend einer anderen Weise zu überprüfen), da sagte ich: weniger Polizeiregime und mehr Planung. Dafür wollen Sie mich verdammen.

Genossen, ich werde offen sprechen. Wir haben im Politbüro Genossen, die bis zu Ende gehen wollen, was die ständige Vertiefung der Meinungsverschiedenheiten angeht; sie wollen die Fragen vor die Parteimassen bringen und jede künftige gemeinsame Arbeit unmöglich machen.

Ich denke, daß die Mehrheit des ZK und der Partei dies nicht wollen. Aber es gibt eine einseitige Resolution, die hier fertiggestellt wird und die man Euch anzunehmen drängt; ihre Verabschiedung ist mehr als wahrscheinlich. Ich fürchte, daß sie jene unterstützen wird, die den Boden für künftige kollektive Arbeit zerstören wollen. Genossen, bevor Sie dafür stimmen, versuchen Sie, über meine Situation nachzudenken und sie zu verstehen. Ich war in einer sehr schwierigen Lage. Ich konnte nicht offen gegen jene auftreten, die die Fiktion verbreiteten, daß ich gegen die Traditionen Wladimir Iljitschs kämpfte. Genossen, ich war in einer verzweifelt schwierigen, wahrhaft tragischen Lage. Zu der Zeit, als dieses Netz um mich gesponnen wurde, konnte ich nichts erklären, niemandem sagen, was die Wahrheit war, keinen Kampf führen. Aber ich mußte dieses Netz durchschneiden. Wenn irgend jemand in diesem, vielleicht entscheidendsten Moment der Weltgeschichte annehmen sollte, daß ich persönliche Beweggründe hätte, daß ich den lächerlichen Wunsch hegte, die ganz enorme Verantwortung, die ganze Last persönlich auf meine eigenen Schultern zu nehmen, dann müßte mich diese Person für einen ausgemachten Schurken und einen völlig Verrückten halten. Denken Sie nach, Genossen, bevor Sie ihre Entscheidung treffen. Wenn Sie den Weg einschlagen, den Sie anscheinend nehmen wollen, dann werden Sie einen gewaltigen Fehler begehen.

Zur Frage der innerparteilichen Lage im Zusammenhang mit den Briefen des Genossen Trotzki

Vorwort des Herausgebers

Es folgen die Resolutionen eines gemeinsamen Plenums des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission, das am 25.-27. Oktober 1923 tagte. Dieses außerordentliche Plenum war von dem Triumvirat Stalin, Sinowjew und Kamenew, das das Politbüro dominierte, einberufen worden, um die von Trotzki und seinen Unterstützern geforderte politische Diskussion über die Wirtschaftspolitik des Sowjetregimes und über das wachsende Gewicht des Bürokratismus innerhalb der Kommunistischen Partei Rußlands zu unterdrücken.⁵⁵

Die erste Resolution, "Über die innerparteiliche Lage im Zusammenhang mit den Briefen des Genossen Trotzki", zielte darauf ab, Trotzki zu diskreditieren. Er wurde darin als unverbesserliche" Fraktionalist dargestellt, der mitten in einer großen internationalen Krise die Einheit der Partei störe. Die Tatsache, daß diese zynische und heuchlerische Resolution mit nur zwei Gegenstimmen verabschiedet wurde, zeigt, wie weit die Degeneration der Bolschewistischen Partei bereits fortgeschritten war.

Da wichtige historische Dokumente und Protokolle jahrzehntelang in den Archiven des stalinistischen Regimes verschlossen lagen, war bisher gar nicht bekannt, in welchem Maße Trotzki bereits im Herbst 1923 in der Führung der Kommunistischen Partei isoliert gewesen war. Bis vor kurzem glaubte man allgemein, daß Trotzki diesem außerordentlichen Plenum nicht beigewohnt habe. Isaac Deutscher schrieb im zweiten Band seiner Biographie, daß Trotzki wegen Krankheit nicht anwesend gewesen sei. Pierre Broué schrieb in einer später erschienenen Biographie, Trotzki habe wegen einer Grippe nicht teilnehmen können.

⁵⁵ *Stalin, Josef Wissarionowitsch* (Dschugaschwili) (1879-1953) spielte bei der Machteroberung im Oktober 1917 eine unbedeutende Rolle. Ab April 1922 Generalsekretär der Partei. Er wurde zum Sprachrohr der Bürokratie, die sich in der UdSSR entwickelte. In den dreißiger Jahren organisierte er die Vernichtung der Bolschewistischen Partei und ließ die Führung der russischen Revolution ermorden. Leitete die Ermordung Trozts im August 1940.

Trotzki, Lew Dawidowitsch (1879-1940) - stand gemeinsam mit Lenin an der Spitze der Oktoberrevolution. Führte in Lenins letzten Lebensmonaten gemeinsam mit ihm den Kampf gegen die entstehende Bürokratie in Partei und Staat. Nach Lenins Tod setzte er diesen Kampf fort. Er wurde 1927 aus der Partei ausgeschlossen und 1928 aus der Sowjetunion verbannt. Im Jahr 1938 gründete er die Vierte Internationale. Auf Befehl Stalins hin wurde er 1940 in Mexiko ermordet.

Unterlagen, die im Jahr 1991 vom Zentralen Parteiarchiv freigegeben wurden, beweisen dagegen, daß Trotzki doch an dem Plenum teilgenommen und sich mindestens vier Mal zu Wort gemeldet hat. Seine letzter Redebeitrag war eine frei gesprochene, aber um so eindringlichere Antwort auf die Isolation, in die ihn die Machenschaften des Triumvirats und insbesondere die von Stalin kontrollierte bürokratische Maschinerie getrieben hatten. »Genossen«, sagte Trotzki vor dem Plenum, »ich war in einer verzweifelt schwierigen, wahrhaft tragischen Lage.«

Zur Frage der innerparteilichen Lage im Zusammenhang mit den Briefen des Genossen Trotzki

Resolution des gemeinsamen Plenums von ZK und ZKK der RKP (B) vom 25.-27. Oktober 1923

A. Zu den Erklärungen des Genossen Trotzki und der 46 Genossen (Preobraschenski. Ossinski. Sapronow und andere)⁵⁶

(angenommen mit 102 Stimmen, 2 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen)

1. Die Plenen des ZK und der ZKK, an der auch Vertreter von 10 großen Parteiorganisationen teilnahmen (Petrograd, Moskau, Iwanowo-Wosnessensk, Nischegorod, Charkow, Donez, Jekaterinburg, Rostow, Baku und Tula) haben auf einer gemeinsamen Sitzung die Anschuldigungen diskutiert, die Genosse Trotzki und die 46 gegen das Politbüro erheben. Wir unterstützen uneingeschränkt die politische Linie und die praktische Arbeit des Politbüros, des Orgbüros und des Sekretariats und erachten die Antwort der Mehrheit der Politbüro-Mitglieder für im wesentlichen richtig.⁵⁷

2. Die Plenen von ZK und ZKK, denen sich Vertreter von 10 Parteiorganisationen anschließen, erklären die Schritte des Genossen Trotzki zu diesem Zeitpunkt, der für die internationale Revolution und die Partei entscheidend ist, für einen schweren politischen Irrtum. Dies besonders deshalb, weil Genosse Trotzkis Angriff, gerichtet gegen das Politbüro, objektiv den Charakter einer fraktionellen Aktivität annimmt, die der Einheit der Partei einen Schlag zu versetzen und eine Parteikrise zu schaffen droht. Die Plenen stellen mit Bedauern

⁵⁶ Die Punkte 4-7 werden hier erstmals veröffentlicht. Die Punkte 2 und 3 in Abschnitt A und der Abschnitt B wurden auf dem 13. Parteitag der RKP im Januar 1924 von Stalin zitiert.

Preobraschenski, E.A. (1886-1837) - Parteimitglied seit 1903, von 1921 an Vorsitzender des Finanzausschusses beim Zentralkomitee und dem Rat der Volkskommissare. Hervorragender Ökonom und Schifftsteller, Herausgeber der *Prawda*, leistete Bildungsarbeit. Autor des Werks "Von der NEP zum Sozialismus". In Trotzkis Abwesenheit übernahm er die führende Rolle im Kampf der Opposition von 1923 gegen die wachsende Bürokratie. Spielte eine Schlüsselrolle in der Vereinigten Opposition von 1926. Wurde als einer der ersten 1927 aus der Partei ausgeschlossen, im Moskauer Prozeß von 1936 angeklagt und auf Anweisung Stalins ermordet. *Ossinski, N.* (Obolenski, W.W.) (1887-1938) - Parteimitglied seit 1907; von 1921 an stellvertretender Volkskommissar für Landwirtschaft der Russischen Sowjetrepublik; stellvertretender Vorsitzender des Obersten Sowjets der Volkswirtschaft; von 1923 an Botschafter der UdSSR in Schweden. Von Stalin ermordet.

Sapronow, T. W. (1887-1938) - Parteimitglied seit 1911; von 1922 an Sekretär und Mitglied des Präsidiums des Allrussischen Zentralexekutivkomitees. Spielte eine herausragende Rolle in der Linken Opposition. Unterstützte 1925 Sinowjew. Schloß sich nicht der Vereinigten Opposition an; legte dem Parteitag von 1927 eine alternative Plattform vor. 1927 aus der Partei ausgeschlossen; starb im Gefängnis.

⁵⁷ Plenum - offizielle Vollversammlung eines Gremiums

ZK - Zentralkomitee. Es wird auf den Parteitagen gewählt, um die Partei zwischen den Parteitagen zu führen. ZKK - Zentrale Kontrollkommission. Sie wurde eingerichtet, um die Kontrolle der Partei über die Arbeit ihrer Komitees und des Staatsapparats aufrechtzuerhalten.

Politbüro - Politisches Büro, eine Unterabteilung des Zentralkomitees

Orgbüro - Organisationsbüro, eine Unterabteilung des Zentralkomitees, in dem sich Stalins Apparat konzentrierte.

Sekretariat - Unterabteilung des Zentralkomitees

fest, daß sich Genosse Trotzki, um die von ihm aufgeworfenen Fragen zu diskutieren, an individuelle Parteimitglieder wandte, anstatt den einzig zulässigen Weg zu beschreiten, nämlich diese Fragen zunächst in den Gremien zur Sprache zu bringen, denen Genosse Trotzki angehört. Der von Genossen Trotzki eingeschlagene Weg wurde zum Signal für eine fraktionelle Gruppierung (die "Erklärung der 46").

3. Die Plenen des ZK und ZKK, denen sich Vertreter von 10 Parteiorganisationen anschließen, verurteilen die Erklärung der 46 nachdrücklich als einen Schritt zu fraktioneller Politik und zu einer Spaltung. Sie hat diesen Charakter angenommen, selbst wenn dies nicht dem Willen ihrer Unterzeichner entspricht. Die Erklärung droht das gesamte Leben der Partei in den kommenden Monaten in einen innerparteilichen Kampf zu werfen und die Partei dadurch gerade in einem Moment zu schwächen, der für das Schicksal der internationalen Revolution höchst entscheidend ist.

4. Die Tagung hält es für ihre offenkundige Pflicht, gemäß den Parteistatuten jedem Parteimitglied das Recht zu garantieren, sowohl die gesamte Politik des ZK als auch seine einzelnen Resolutionen kritisch zu bewerten. Daher hält sie den Kampf gegen fraktionelle Gruppierungen innerhalb der Partei und gegen deren zerstörerische Aktivitäten für unerlässlich. Die Tagung äußert ihre Zuversicht, daß die ZKK alle im Interesse der Parteimehrheit notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, daß der begonnene innerparteiliche Kampf nicht über die Grenzen einer kameradschaftlichen Diskussion hinausgehen wird, wie sie innerhalb der Partei zum gegebenen Zeitpunkt des Kampfs zulässig ist.

5. Die Plenen von ZK und ZKK, denen sich Vertreter von 10 Parteiorganisationen anschließen, erachten es für dringend geboten, vorzuschlagen, daß Genosse Trotzki in Zukunft enger und direkter an der praktischen Arbeit aller zentralen Partei- und Sowjetinstitutionen teilnimmt, denen er angehört.

6. Die Tagung stellt fest, daß das Politbüro die Briefe des Genossen Trotzki und der 46, die bewußt gegen das Politbüro gerichtet waren, unter denen gegebenen Umständen verbieten mußte. Die Tagung ist der Meinung, daß das Politbüro durch seine Weigerung, die Debatte in eine breiten Diskussion ausufern zu lassen, und durch die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Plenums eine völlig richtige Verfahrensweise gewählt hat, um die Einheit der Partei zu wahren.

Nachdem sich die Tagung mit dem gesamten Material vertraut gemacht hat, übernimmt sie nun selbst die Verantwortung zur Beendigung der fraktionellen Diskussion, die begonnen hat. Die Tagung ist der Auffassung, daß wir bereits in die Periode eingetreten sind, die man als jene des unmittelbaren Kampfes bezeichnen kann (die Ereignisse in Deutschland, die Möglichkeit eines Krieges). Die Plenen des ZK und der ZKK, denen sich Vertreter von 10 Parteiorganisationen anschließen, sind zuversichtlich, daß sie im Sinne der gesamten Partei handeln, wenn sie eine fraktionelle Diskussion über Plattformen zum gegenwärtigen Zeitpunkt verbieten.

7. Die Tagung ist der Ansicht, daß das Politbüro in der bevorstehenden Periode entscheidender Beschlüsse besonders kameradschaftlich und gemeinschaftlich arbeiten muß. Außerdem hält es die Tagung für die revolutionäre Pflicht aller aktiven Parteimitglieder, in dieser schwierigen Zeit volles Vertrauen und unerschütterliche Unterstützung für das Zentralkomitee zu gewährleisten.

B. Zur innerparteilichen Demokratie (einstimmig angenommen)

Die Plenen unterstützen uneingeschränkt den Kurs, den das Politbüro zur rechten Zeit hinsichtlich der Parteidemokratie eingeschlagen hat, sowie den Vorschlag des Politbüros zur Verschärfung des Kampfes gegen Exzesse und gegen den demoralisierenden Einfluß der NEP auf einzelne Elemente innerhalb der Partei.⁵⁸

Die Plenen weisen das Politbüro an, alles Notwendige zu unternehmen, um die Arbeit der vom Politbüro und vom Septemberplenium eingerichteten Kommissionen zu fördern: (1) die Kommission zur "Schere"⁵⁹, (2) zu den Lohnzahlungen, und (3) zur innerparteilichen Lage.

Das Politbüro, das die notwendigen Maßnahmen hinsichtlich dieser Probleme beschließt, muß sie auch sofort ausführen und auf dem nächsten Plenum des ZK darüber Bericht erstatten.⁶⁰

⁵⁸ Dies bezieht sich offensichtlich auf ein Rundschreiben des Zentralkomitees vom 19. Oktober 1923.

NEP - Neue Ökonomische Politik. Sie wurde 1921 als vorübergehende Maßnahme eingeführt. Sie gestattete in gewissen Schranken kapitalistische Beziehungen, freien Handel mit Agrarprodukten und in geringem Maße auch mit Industrieerzeugnissen. Die Schaltstellen der Wirtschaft blieben dabei fest in den Händen des Arbeiterstaats. Die NEP löste die Politik des Kriegskommunismus ab, unter der die überschüssige Produktion der Bauern beschlagnahmt worden war.

⁵⁹ Die "Schere" - Trotzki hatte auf dem 12. Parteitag der RKP die Analogie einer geöffneten Schere benutzt, um das Auseinanderklaffen der hohen Preise für Industrieprodukte und der niedrigen Preise für Agrarerzeugnisse zu beschreiben. (Dieser Parteitag fand vom 17.-25. April 1923 in Moskau statt.) Er führte aus, daß die Schere durch die Senkung der Produktionskosten in der Industrie geschlossen werden müsse, um die Beziehung zwischen der sowjetischen Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu festigen. Andernfalls drohe die Neue Ökonomische Politik zu scheitern. Der Kongreß stimmte Trotzki's Vorschlag zu, diese Arbeit durch eine Politik der systematischen, langfristigen Wirtschaftsplanung mittels der Staatlichen Plankommission (Gosplan) in Angriff zu nehmen. Die entsprechende Resolution wurde jedoch in den folgenden Monaten nicht in die Tat umgesetzt.

⁶⁰ Das Plenum des ZK der RKP (B) befaßte sich im Januar 1924 mit den Ergebnissen der innerparteilichen Diskussion.